

# NOTIZEN ZUR ENERGIEPOLITIK

*Impuls-Vortrag, Bonn den 22. Februar 2013*

von Hubert Milz, Eschweiler

## GLIEDERUNG

Einführende Bemerkungen	Seite 3
Wissenschaft als Legitimation der Klimapolitik?	Seite 3
Das Kyoto-Protokoll	Seite 6
Geschichten aus der EU	Seite 8
Deutsche Geschichte	Seite 13
Abschließende Bemerkungen	Seite 21
Ein kleines, aber unvollständiges Quellenverzeichnis	Seite 27

## EINFÜHRENDE BEMERKUNGEN

Die Bundesrepublik Deutschland steht energiepolitisch ganz im Zeichen der sog. Energiewende.

Diese sog. Energiewende wird mehr oder weniger von allen parteipolitischen Farben getragen und durch die – in den Medien – veröffentlichten Meinungen so gut wie kritiklos als notwendig gepriesen und vorangetrieben.

Diese sog. Energiewende soll den von Menschen verursachten Klimawandel aufhalten. Der „Glaube“ an den von Menschen verursachten Klimawandel basiert auf einer Vielzahl von Veröffentlichungen und/oder DV-Berechnungen in Klimamodellen, wie diese z. B. in den Wissenschaftsberichten (IPCC Assessment Reports) des UN-Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC = Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) verwendet werden und welche die Grundlage für Prognosen und Empfehlungen des IPCC darstellen. Die Prognosen und Empfehlungen des IPCC dienen wiederum einer Vielzahl von Politikern als Legitimation für ihre Klima-, Energie- und Umweltpolitik.

Dies ist kurz gefasst der Stand der Dinge, wie er sich mir darstellt.

## WISSENSCHAFT ALS LEGITIMATION DER KLIMAPOLITIK?

Die Legitimation der politischen Akteure beim Klima-/Umweltschutz und bei der damit einhergehenden Energiepolitik sind in sehr starkem Maße die Wissenschaftsberichte des IPCC<sup>1</sup>.

Deshalb ist es auch legitim zu fragen, inwieweit diese Berichte den wissenschaftlichen Standards entsprechen.

Die folgenden Standards wurden durch Repräsentanten des IPCC's immer wieder in der Öffentlichkeit als die Messlatte der IPCC-Politik genannt<sup>2</sup>:

- Das IPCC beschäftigt für ihre Berichte nur die weltweit besten Wissenschaftler, nur die weltweit anerkannten Experten und Spezialisten des jeweiligen Fachgebietes werden beim Wissenschaftsreport zugelassen.
- Die absolute Transparenz darüber, wie und von wem die Berichte erstellt werden und aufgrund welcher wissenschaftlichen Forschungsergebnisse etc., garantiert der IPCC. Außerdem ist Transparenz eine Selbstverständlichkeit im Rahmen der Politik des IPCC's.
- Bei der Erstellung der Wissenschaftsberichte werden nur wissenschaftlich einwandfreie Quellen genutzt. Alle Publikationen des umfangreichen Quellenverzeichnisses sind grundsätzlich „fachbegutachtet“ (Peer-Review); Publikationen, die nicht dem Standard des „Peer-Review“ der wissenschaftlichen Fachzeitschriften entsprechen, finden keinerlei Berücksichtigung.

---

<sup>1</sup> Es können noch zahlreiche andere Gruppierungen genannt werden, doch da das IPCC im Jahre 2007 durch das Nobelkreiskomitee geadelt worden ist, beschränke ich mich auf das IPCC, der Institution mit dem m. E. größten Einfluss oder der größten Ausstrahlung auf Politik, Medien und Publikum.

<sup>2</sup> In zahlreichen Interviews in Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen wurden diese Standards durch die Repräsentanten des IPCC's immer wieder hervorgehoben; z. B. vom IPCC-Präsidenten auch in Anhörungen vor Parlamentariern. Und die Fachjournalisten, z. B. beim Heraldtribune, bei der Times, beim Independent oder beim Economist übernehmen diese Aussagen und kolportieren diese unbesehen in einer Menge von Artikeln oder Kolumnen zum Thema „Klimawandel und IPCC“. Ebenso Führungsorgane der deutschen Medienlandschaft, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das öffentlich-rechtliche Fernsehen.

- Die Wissenschaftsreports des IPCC, die sog. „Klimabibeln“ selbst, werden selbstverständlich auch, bevor diese Berichte veröffentlicht werden, durch eine Vielzahl von Wissenschaftlern sozusagen „fachbegutachtet“. Deren Vorschläge, Einwände etc. selbstverständlich Gehör finden.

Auf den ersten Blick erscheinen diese wissenschaftlichen Standards als Grundlage der IPCC-Berichterstattung als seriös und kompetent. Das einfache breite Publikum, das den Ablauf der „Fachbegutachtung“ nicht kennt, ist meist beeindruckt – „fachbegutachtet“, dies klingt dann für jenes Publikum so, als ob die Ergebnisse eines Aufsatzes vor der Veröffentlichung von anderen Wissenschaftlern des Fachgebietes geprüft worden sind.

Dies ist aber eigentlich nicht die Regel. Wird ein wissenschaftlicher Aufsatz bei einer Zeitschrift zur Veröffentlichung eingereicht und der zuständige Redaktionsmitarbeiter hält den Aufsatz für geeignet, dann sendet der Mitarbeiter den Aufsatz an Gutachter, die ein schriftliches Votum abgeben, ob der Aufsatz in der eingereichten Form veröffentlicht werden kann. Diese Gutachten werden unentgeltlich von den bestellten Gutachtern weitgehend in ihrer Freizeit erstellt. Dazu sagen z. B. erfahrene Wissenschaftler, dass ein Gutachter kaum mehr als ein paar Stunden für die Prüfung eines Aufsatzes verwenden kann. Schon der Mangel an Zeit ermögliche eine meist nur oberflächliche Prüfung mit folgenden Kriterien:

- Ist die Geschichte in sich schlüssig?
- Sind sachliche Fehler offensichtlich?
- Sind sprachliche Ungereimtheiten anzukreiden?
- Springen Rechtschreibfehler ins Auge?

In der Regel fehle nicht nur die Zeit, um das Datenmaterial der empirischen Schlussfolgerungen oder gar die Ergebnisse von Experimenten abzugleichen, sondern auch die Möglichkeit.

Soweit zum „Standard der Fachbegutachtung“, zu dem noch manche andere Punkte angemerkt werden könnten. Also, selbst wenn alle angegebenen und hinzugezogenen Quellen „fachbegutachtet“ sind, dann sagt das Prädikat „fachbegutachtet“ noch nichts über die Zuverlässigkeit und Belastbarkeit der Quellen aus.

Und der Frage, ob alle Quellen der IPCC-Wissenschaftsberichte tatsächlich auch fachbegutachtet waren oder sind, wurde von der kanadischen Journalistin und Bloggerin Donna Laframboise nachgegangen. Donna Laframboise und mit ihr eine über die Welt verstreute und zusammenarbeitende Internetarbeitsgruppe prüften rund 18.000 Quellenangaben der IPCC-Berichte hinsichtlich des Kriteriums der „Fachbegutachtung“.

Falls es nicht einwandfrei möglich war, eine Quelle eindeutig zuzuordnen, dann galt die Quelle als fachbegutachtet. Der alte Rechtsgrundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ fand also auch durch Donna Laframboise und ihrer kleinen Internetarbeitsgruppe Anwendung zum Vorteil für das IPCC.

Trotzdem zeigte sich im Ergebnis, dass rund 30% der vom IPCC angegebenen Quellen nicht fachbegutachtet waren – also „graue Literatur“ sind. Außerdem wurde die Zitation bemängelt, diese war vielfach für dieselbe Quelle sehr unterschiedlich.

Und nicht nur das, in einzelnen Fällen hatte das IPCC den Urteilen eines Zeitungsartikels oder auch mehreren Zeitungsartikeln den Vorzug vor ebenfalls

aufgelisteten fachbegutachteten Wissenschaftsartikeln gegeben<sup>3</sup>. Aus dem einfachen Grund, weil der oder die Zeitungsartikel im Ergebnis dem Vorurteil des IPCC's entsprachen. Dies sind offensichtlich keine Einzelfälle, eine kurze Recherche im Netz genügt, um noch mehr solcher Fälle aufzulisten.

Einer der Ansprüche des IPCC's ist es, die angesehensten und besten Wissenschaftler/Experten/Spezialisten weltweit für die Berichterstattung einzusetzen. Recherchen der Frau Laframboise zeigen, dass sich diese Besten, diese Experten nicht gerade selten aus frisch graduierten Studierenden zusammensetzen, die als Studierende im Master- oder Doktorandenprogramm noch zu den Twens zählen. Nichtsdestotrotz, für den IPCC zählen sie zur Crème de la Crème der Wissenschaft und werden als zutragende Autoren und sogar auch als leitende, koordinierende Autoren beim Verfassen der IPCC-Berichte eingesetzt.

Bestätigt wurde diese Recherche durch Aussagen von Wissenschaftlern vor Parlamentsausschüssen oder anderen Politikbefragungen, wo sogar angemerkt wurde, dass bei den IPCC Berichten keineswegs Experten am Werk waren, sondern schlicht und einfach Amateure<sup>4</sup>.

Bezüglich Transparenz ergab 2010 die Auswertung eines Umfragebogens der „Inter Academy Council“ (IAC) unter den Autoren des IPCC's, dass Transparenz beim IPCC nicht gegeben ist. Manchem Autor waren nur die zusammengefassten Ergebnisse von wissenschaftlichen Artikeln vorgelegt worden, weil die Originalaufsätze noch nicht veröffentlicht waren. Und etliche – ja, die meisten – Autoren konnten keinerlei Angaben darüber machen, aus welchen Gründen sie als Autoren vom IPCC ausgewählt worden waren, viele Autoren bemängelten die mangelnde Transparenz beim IPCC als geradezu inakzeptabel.

Am 19. November 2009 – kurz vor dem Kopenhagener Klimagipfel – stellte der Blog „Air Vent“ einen Link zu einem russischen Server auf ihre WEB-Seiten. Dieser Link war brisant, denn dort waren 1.079 E-Mails und 72 Dateien des Servers der Climate Research Unit (auch bekannt als Hadley CRU) der University of East Anglia eingestellt worden<sup>5</sup>. Anhand der E-Mail-Korrespondenz und der Dateien wurde folgendes ersichtlich,

- dass selbst die einflussreichsten Repräsentanten des IPCC nicht so recht an ihre eigenen Klimaprognosen glauben;

---

<sup>3</sup> Hier ist vor allem Richard Tol zu nennen, der diese Praxis des IPCC in einem Blog beklagte und anprangerte. Auch Roger Pielke zeigte die gleichen Bedenken hinsichtlich des IPCC-Berichts zu Unwetterschäden: Hier habe das IPCC nur eine Studie zitiert, die nicht fachbegutachtet war, aber das gewünschte IPCC-Ergebnis zeigte, während in einer Vielzahl von fachbegutachten Artikeln die dortigen Autoren in ihren Schlussfolgerungen zum gegenteiligen Ergebnis kamen.

<sup>4</sup> Prof. Reiter bewertet im Malaria Journal die Ausführungen zur Malaria im Gesundheitskapitel des 1995er Berichts geradezu als Unsinn. Ähnlich Prof. Nils-Axel Börner, der seit über vier Jahrzehnten die Veränderungen des Meeresspiegel erforscht, bei einer Anhörung vor dem britischen Oberhaus zur IPCC-Berichterstattung bezüglich der Höhe des Meeresspiegels. Vor einem Ausschuss des US-Senats erklärte William Gray, der als führender Meteorologe der Colorado Universität seit rund fünf Jahrzehnten zu Fragen des Klimas und des Wetters forscht, dass das IPCC ihn nie um einen Beitrag gebeten habe. Und selbst IPCC-Autoren bezeichneten 2007 in einem Aufsatz für „Scientific American“ die Klimamodelle als die neuen Kristallkugeln der Wahrsager.

<sup>5</sup> Das Hadley CRU ist eines der vier Institute, die dem IPCC mit offiziellen Temperaturdaten und Klimamodellen zuarbeiten.

- mit welchen miesen und hinterhältigen Tricks die Skeptiker und die Kritiker des IPCC's fertig gemacht wurden;
- mit welchen Methoden die Klimamodelle und die Berechnungen angepasst, verfälscht und manipuliert wurden, um zum erwünschten Ergebnis zu kommen (Stichwort: Hockey-Schläger-Effekt);
- dass die Wissenschaftler, die vom IPCC zur „Fachbegutachtung“ der eigenen „Klimabibeln“ herangezogen werden, nur dem IPCC-Marketing dienen. Jeder IPCC-Autor kann Einwände oder Vorschläge dieser Gutachter, wenn diese nicht in das vorgefasste IPCC-Bild passen, kommentarlos ablehnen – und dies geschieht offensichtlich oft.

Irgendwie und irgendwo runden jene Meldungen aus November 2009<sup>6</sup> das schon gezeichnete Bild vom IPCC ab. Ich denke also, dass ich die Meinung vertreten kann und darf, dass die Arbeiten des IPCC's keineswegs den IPCC eigenen Ansprüchen entsprachen und auch kaum als höchstqualifizierter Standard der Wissenschaft zu werten sind.

Nichtdestotrotz, es werden aufgrund der IPCC-Berichte weltweit Milliarden von Euros und US-Dollars bewegt, um diese in irgendwelche Klima-/Umweltprojekte zu stecken.

Es wurde vor 2007 – also bevor das IPCC durch den Nobelpreis geadelt wurde – nicht gefragt, wie seriös das IPCC überhaupt arbeitet – seit 2007 ist eine solche Frage anscheinend sowieso mit Häresie gleichzusetzen<sup>7</sup>. Und Politiker, wie z. B. Präsident Obamas wissenschaftlicher Berater in Umweltfragen, John Holdren, singen weiterhin Loblieder auf die wissenschaftliche und peinliche Genauigkeit der IPCC-Studien – deutsche Politiker und die EU-Kommission übrigens auch.

Die naheliegende Frage lautet demnach: „Warum ignorieren Politiker so offensichtlich die Tatsache, dass das IPCC keineswegs seriös unterwegs ist?“ Über die Gründe lässt sich sicherlich trefflich spekulieren.

### DAS KYOTO-PROTOKOLL

Die UNO-Konferenz im japanischen Kyoto (1997) hatte das sog. Kyoto-Protokoll als Ergebnis. Dieses Protokoll, welches inzwischen von über 190 Staaten – selbstredend auch von den EU-Staaten und zusätzlich der EU – ratifiziert worden ist, verpflichtet die ratifizierenden Staaten dazu Energie zu sparen und die Emissionen der sog. Treibhausgase zu verringern.

In Kyoto wurde eigentlich nur das protokolliert, was schon 1992 bei Vorgängerkonferenzen eingeläutet worden war. Völkerrechtlich festgezurrt wurde eine solche Politik schon damals 1992 auf den UN-Konferenzen in New York und Rio de Janeiro. Das sog. Vorsorgeprinzip wurde verankert, demzufolge sind die Staaten auch ohne exakten wissenschaftlichen Nachweis – hier in diesem Rahmen in Sachen

---

<sup>6</sup> Im Ausland wurde über diesen Skandal umfangreich berichtet, im deutschen Sprachraum wurde – bis auf FAZ, Welt und Weltwoche, ziemlich verspätet auch noch von Spiegel-Online und dann stark relativierend – eigentlich nur von Bloggern darüber berichtet, siehe den Auszug der Internet-Quellen im Anhang.

<sup>7</sup> Frau Laframboise merkt an, dass aus dem o. g. Internetarbeitsteam etliche Personen darum baten, dass sie anonym bleiben wollten, da sie in ihrem beruflichen und sozialen Umfeld mit erheblichem Ärger rechneten, falls bekannt werden sollte, dass sie an einer kritischen Hinterfragung des IPCC's mitgewirkt haben. Die oftmals kolportierte Behauptung, dass die „grüne Weltanschauung“ eine Art „ziviler Ersatzreligion“ ist, findet hier eine Art Bestätigung.

Klimaänderung durch den Menschen – verpflichtet, entsprechende Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen; es gilt nun grundsätzlich das Vorsorgeprinzip.

Nach den Vorgaben des Kyoto-Protokolls sind die Staaten gehalten, die Schadstoff-Emissionen gegenüber 1990 um 5,2% zu senken, damit der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre nicht weiter ansteigt. Es wird angenommen, dass der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre vor der industriellen Revolution unter 0,03% lag, zurzeit beträgt dieser Anteil etwa 0,039%<sup>8</sup>. Die Steigerung um knapp 0,01% sei durch die Industrie verursacht, ohne Klimaschutzpolitik würde dieser Anteil bis 2100 auf 0,06% anwachsen.

Ein solcher Zuwachs würde verheerende Folgen für das globale Klima nach sich ziehen und geradezu eine Katastrophe auslösen. Ist unser Planet tatsächlich so sensibel? Oder ist es nicht vielmehr richtig, dass diese Erde, die etwa vier bis fünf Milliarden Jahre alt ist, schon mehrfach gravierende Klimaänderungen erfahren hat<sup>9</sup>?

Die letzte Eiszeit endete vor rund 20.000 Jahren – im Hochmittelalter muss es relativ warm gewesen sein, sonst hätten die Wikinger Grönland nicht so benannt und auch nicht dort gesiedelt – nach den Gemälden, z. B. vieler bekannter flandrischer Maler zu urteilen, wird es in den Jahrhunderten danach ziemlich kalt gewesen sein, denn selbst im Hochsommer zeigen jene Gemälde die Menschen im Pelzwerk und anderer warmer Kleidung – und offenbar wird es seit der napoleonischen Zeit wieder wärmer. Es ließen sich noch mehr Beispiele dieser Art aufzählen – und alle diese Änderungen waren nicht durch den Menschen verursacht – oder doch?

Doch zurück zum Kyoto-Protokoll. Zu den Einsparungen sollen die Industrie-Nationen den größten Teil beitragen; besonders die EU-Behörden preschten und preschen hier weit vor. Die EU verpflichtete sich die Emissionen um 8% zu senken; natürlich nicht gleichmäßig auf alle Mitgliedsstaaten verteilt, sondern mit rund 75% der Einsparmenge soll selbstverständlich Deutschland die Hauptlast tragen – ein kleiner Ausschnitt zur Lastenverteilung innerhalb der EU:

United Kingdom - 12,5%    Frankreich +/- 0%    Spanien + 15%  
Deutschland – 21%.

Für die osteuropäischen Staaten, hier insbesondere Russland, ist das Kyoto-Protokoll eigentlich ohne Belang; weil das Kyoto-Protokoll mit der Basis von 1990 rechnet. Durch den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks reduzierten sich sowieso alleine schon für Russland die Emissionen zwangsweise um 40% gegenüber 1990. Dies hat zur Folge, dass Russland den Großhändler, den Globalplayer beim Handel mit Emissionszertifikaten<sup>10</sup> spielen könnte – ein Blogger

---

<sup>8</sup> Dazu wurde in einem Leserbrief an die FAZ (14.01.2010, Leserbrief von Dr. Ing. Urban) angemerkt, dass davon die Natur 96% produziert und die restlichen 4% der Mensch verursacht; von diesen 4% beeinflussen die Deutschen 3,1%. Also 0,039% Gesamt-Co2-Anteil => 0,0015% Co2 durch Menschen verursacht => 0,00005% durch die Deutschen beeinflusst.

<sup>9</sup> Die bisherigen und viele der folgenden Ausführungen stützen sich auf die Recherchen von Donna Laframboise, auf die Blogs von Steffen Hentrich, Dr. Klaus Peter Krause, eigentümlich frei, EIKE, Liberales Institut und Weltwoche. Siehe speziell noch die im Quellenverzeichnis aufgeführten WEB-Seiten zum „Climategate“.

Außerdem noch der Hinweis für diejenigen, die an weiteren Informationen Interesse haben: In den genannten Quellen sind eine Vielzahl von Hinweisen (Bücher, Aufsätze, Artikel und WEB-Seiten) angeführt.

<sup>10</sup> Schöpft ein Staat (oder auch ein Unternehmen) seine eigenen Emissionsrechte nicht voll aus, so können die überzähligen Rechte in den Handel kommen.

schrieb, dass Russland nun mit sehr viel heißer Luft internationalen Klimahandel betreiben kann.

In der Nachfolge zur Kyoto-Konferenz fanden noch weitere UN-Klimakonferenzen statt, die man wie folgt zusammenfassen kann:

- Etliche Staaten haben auf jenen Konferenzen Nachlässe und Senkungen erhalten.
- Während die EU ganz ambitioniert ihre Ziele einhalten und sogar noch verschärfen will.

### GESCHICHTEN AUS DER EU

Die EU bereitete sich schon am 24.09.1996 mit der Richtlinie 96/61/EG auf das – aufgrund der UNO-Konferenzen aus 1992 zu erwartende – Kyoto-Protokoll vor. Diese Richtlinie ist inzwischen durch die Richtlinie 2008/1/EG abgelöst worden. Diese Richtlinien hatten Maßnahmen im Blickfeld, um Ziele der Vermeidung und der Verringerung von Emissionen in Luft, Wasser und Boden sowie auch von Abfall zu erreichen und umzusetzen.

Im Jahre 2010 wurde die Richtlinie 2008/1/EG in eine neue Emissionsrichtlinie (2010/75/EU) überführt, wobei ein paar wenige, aber sehr relevante Änderungen vorgenommen worden sind.

Die Richtlinien betrafen und betreffen hauptsächlich die Energiewirtschaft, die Chemieindustrie, die Metallindustrie und natürlich etliche andere Branchen (z. B. Abfallbehandlung). Den Unternehmen jener Branchen sind „Grundpflichten“ auferlegt worden, von deren Erfüllung die Genehmigungen für die Verwendung der Industrieanlagen abhängen. Zu diesen Grundpflichten gehören die verschiedensten Auflagen, z. B. die Anhörung und Information der interessierten Öffentlichkeit oder der Einsatz der „besten verfügbaren Technik“.

Auf Basis des Kyoto-Protokolls und der Ausführungen in der Richtlinie 96/61/EG wurde die Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft verfasst, die sog. Emissionshandelsrichtlinie. Jeder EU-Staat musste bis zum 31.03.2004 einen nationalen Zuteilungsplan (NAP) erstellen. Aus dem NAP musste ersichtlich sein, welche Anzahl von Emissionszertifikaten der jeweilige EU-Staat zulässt und nach welchen Regeln die Emissionsmengen zu verteilen sind.

*Ein ganz einfaches Beispiel, wie ein solcher NAP aussehen kann:*

Basisjahr 1990 = 100 t Emissionen beim Industrieunternehmen A.

Die 1. Handelsperiode umfasst die Jahre 2005 bis 2007.

Aufgrund der Regeln des NAP erhält das Industrieunternehmen A für jedes Jahr der 1. Handelsperiode kostenlose Emissionszertifikate für 95 t Emissionen<sup>11</sup>.

Mögliche Effekte:

Falls bei A zusätzliche Emissionen anfallen werden, dann hat A Zertifikate zuzukaufen.

Stößt A in jenem Zeitraum weniger Emissionen aus als zugeteilt, dann kann A die überzähligen Mengen (Zertifikate) verkaufen.

---

<sup>11</sup> Die Ausgabe der Zertifikate kann grundsätzlich in zwei Formen unterschieden werden: 1. Kostenlose Zuteilung durch die Politik oder 2. Versteigerung durch die Politik. Hier in diesem einfachen Beispiel wurde die kostenlose Zuteilung durch die Politik unterstellt.



Die theoretischen Grundlagen für diese Konstruktionen finden sich bei John Harkness Dales (Ökonom der Universität Toronto)<sup>12</sup>, der in einer Weiterentwicklung des Coase-Theorems<sup>13</sup> vorschlug, einen Markt für Verschmutzungsrechte einzurichten, um Gewässerverschmutzung durch Industrieabwässer zu begrenzen. Das revolutionär Neue an dieser Idee war, dass die Politik eine konkrete Obergrenze der Gesamtemission als Umweltziel direkt vorgeben kann.

Dafür muss zuerst eine Obergrenze für bestimmte Emissionen (z. B. Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxid) innerhalb eines konkreten Gebiets (regional, national, international) und eines konkreten Zeitraums (z. B. Kalenderjahr) politisch festgelegt werden. Dann werden entsprechend dieser Obergrenze Zertifikate ausgegeben, die zur Emission einer bestimmten Menge berechtigt. Wird z. B. für eine bestimmte Region eine Obergrenze von 100 Mio. t Kohlendioxid innerhalb eines Jahres festgelegt, so werden Zertifikate, die insgesamt zur Emission von 100 Mio. t Kohlendioxid berechtigen, ausgegeben.

Diese Obergrenze kann in den folgenden Jahren schrittweise gesenkt werden. Da diese Zertifikate frei handelbar sind, wird der Preis für diese Zertifikate durch die Nachfrage bestimmt. Emissionen, die ohne Emissionsrecht erfolgen, werden mit einer Strafe belegt. Im englischen Sprachgebrauch spricht man auch von „cap and trade“ – deckeln und handeln.

#### *Deckeln:*

Anders als bei Ökosteuern wird beim Emissionshandel die Menge der erlaubten Umweltbeanspruchung mit der Ausgabe der Zertifikate fixiert; das gewährleistet ökologische Effektivität.

#### *Handeln:*

Wie das Ökoziel erreicht wird, bleibt den Marktteilnehmern überlassen; entweder kaufen sie Emissionsrechte, oder sie investieren in Umwelttechnik – je nachdem, was weniger Kosten verursacht. Das verbürgt ökonomische Effizienz. Billiger wird Umweltschutz nimmer.

Der Grundgedanke von Dales war dabei, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, sondern letztendlich ein gemeinsames Ziel haben: «Den rationellen und sparsamen Umgang mit sämtlichen vorhandenen Ressourcen». Nicht zufällig ist das altgriechische Wort für Haus die gemeinsame Wurzel von Ökonomie (oikonomia für altgriechisch „Verwaltung eines Hauses“, von oikos = „Haus, Haushalt“ plus nemein = „verwalten“ bzw. nomia = „Gesetz“), und Ökologie (von altgriechisch oikos = „Haus, Haushalt“ plus logos = „Lehre“, also „Lehre vom Haushalt“).

---

<sup>12</sup> Dales, John Harkness Dales: Pollution, Property and Prices. Toronto 1970, Neuauflage Cheltenham and Camberley, UK und Northampton, Massachusetts 2002.

<sup>13</sup> Das Coase-Theorem (nach Ronald Coase) ist ein Theorem der Volkswirtschaftslehre. Es geht davon aus, dass Teilnehmer eines Marktes Probleme, die durch externe Effekte entstehen, selber lösen können, wenn sie nur über die Allokation von Ressourcen verhandeln und diese ohne Kosten tauschen können.

Beispiel: Man betrachte zwei Nachbarn – Nachbar A hört gerne laute Musik, hat also einen Nutzen. Sein Nachbar B aber ist von der Musik gestört, auf ihn wirken somit negative externe Effekte des Musikkonsums seines Nachbarn. Sollte B ein z. B. durch den Mietvertrag verbrieftes aber handelbares „Recht auf Ungestörtheit“ haben, so kann B auf dieses Recht verzichten, falls A dem B im Gegenzug eine Entschädigung zahlt. Aber nur, wenn für A der Nutzen „laute Musik zu hören“ höher ist als sein Kostenaufwand gegenüber B, wird A dem B das „Recht auf Ungestörtheit“ abkaufen.

Auch verschiedene OrdnungsökonomInnen ziehen den Emissionsrechtehandel den direkten Öko-Steuern oder Öko-Abgaben vor, weil der Emissionsrechtehandel mit marktwirtschaftlichen Instrumenten durchzuführen ist.

In der Regel halten jene ordoliberalen Ökonomen rechtliche Instrumente, wie Auflagen, Gebote oder Verbote nur dann für sinnvoll, wenn es darum geht, akute Umweltgefahren abzuwehren, halten diese Rechtsmittel aber für ungeeignet, Umweltschäden langfristig zu reduzieren<sup>14</sup>.

Befürworter marktwirtschaftlicher Instrumente halten diese für effizienter als rechtliche Instrumente, weil die marktwirtschaftlichen Instrumente dem Verbraucher Entscheidungsfreiheit lassen und nur der Verbraucher selbst seine konkrete Kostensituation kennen kann.

Marktwirtschaftliche Instrumente können in Preis- und Mengelösungen unterschieden werden. Zu den Preislösungen zählen z. B. die Pigou-Steuer, die Öko-Steuern und die Öko-Abgaben<sup>15</sup>. Der Emissionsrechtehandel wird zu den Mengelösungen gezählt, weil die Politik hier eine konkrete Menge für eine bestimmte Emission vorgibt. Somit entfällt die problematische Festlegung der Höhe des Steuersatzes und die Politik kann das Umweltziel direkt beeinflussen. Die betroffenen Unternehmen werden im institutionellen Rahmen des Marktes ihre individuellen Handlungen an den ordnungspolitischen Planken der Umweltziele auszurichten haben.

Die EU hat sich also für den Emissionsrechtehandel entschieden, dabei sollten von Handelsperiode zu Handelsperiode die erlaubten Emissionen Schritt für Schritt gesenkt werden. Diese Verknappung der erlaubten Emissionen sollte zu einem Steigen der Preise für Zertifikate an der Energiebörse führen und diese Preissteigerungen wiederum sollten die Industrien zum sparsamen Umgang mit Energieträgern drängen.

Diese Erwartungen der EU-Behörden und vieler EU-Politiker trafen bisher nicht ein. In der 1. Handelsperiode gab es ein Überangebot von etwa 120 Mio. t Co<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten, so dass für die folgenden Handelsperioden die Emissionsrechte erheblich verknappt wurden<sup>16</sup>, trotzdem sanken und sinken die Börsenpreise für Zertifikate weiter, damit auch die Einnahmen der Politik.

Die EU-Umweltpolitiker fürchten nun m. E. um ihre finanzpolitischen Pläne. Um diese doch zu erreichen, wurden Richtlinien neu gefasst, modifiziert, schärfere und

---

<sup>14</sup> So wird z. B. ein Verbot Kohlendioxid zu emittieren, als rechtlich kaum durchsetzbar angesehen, da dies einem kompletten Verbot fossiler Brennstoffe gleichkommen würde. Auch das viel diskutierte Verbot von Glühlampen gilt aus dieser Perspektive als umweltpolitisch fragwürdig, da einerseits die beabsichtigte Wirkung, Kohlendioxidemissionen zu vermeiden, nicht garantiert werden könne, z. B. weil Verbraucher Energiesparlampen länger brennen ließen, da diese weniger Strom brauchen. Andererseits wird diese Lösung als nicht effizient angesehen, da z. B. in einem selten benutzten Abstellraum die Energieeinsparung zu gering sei, um die höheren Investitionskosten von Energiesparlampen zu rechtfertigen.

<sup>15</sup> Pigou-Steuer ist ein Oberbegriff für Lenkungsabgaben, also für Steuern, die weniger einen Fiskalzweck haben, als vielmehr hauptsächlich der gezielten Lenkung des Verhaltens dienen. Sie sind nach Arthur Cecil Pigou benannt. Im Gegensatz zu Subventionen handelt es sich bei Pigou-Steuern um belastende Lenkungszielvorgaben. Vertiefend hierzu Benkert, Wolfgang; Bunde, Jürgen; Hansjürgens, Bernd (Hg.): Umweltpolitik mit Öko-Steuern? Ökologische und finanzpolitische Bedingungen für neue Umweltabgaben. Marburg 1990 und Benkert, Wolfgang; Bunde, Jürgen; Hansjürgens, Bernd (Hg.): Wo bleiben die Umweltabgaben? Erfahrungen, Hindernisse und neue Ansätze. Marburg 1995.

<sup>16</sup> Pro Jahr der 2. Handelsperiode wurden die Emissionsrechte gegenüber den für 2006 ermittelten Emissionen um 5,7% abgesenkt.

strengere Richtlinien erlassen<sup>17</sup>. Dabei fließen m. E. immer mehr direkte rechtliche Maßnahmen in die Richtlinien ein; bzw. die Richtlinien eröffnen den Einzelstaaten viele Möglichkeiten, um mittels Direktmaßnahmen, z. B. Verordnungen oder Anweisungen, in das Geschehen einzugreifen.

Insbesondere die Richtlinie<sup>18</sup> zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG aus 2011 ist hier zu nennen. Gerade die Vorgaben dieser Effizienz-Richtlinie hebeln die Marktwirtschaft m. E. weitgehend aus. Außerdem wird in dieser Richtlinie ein neues Einsparziel für Emissionen genannt, nicht weiter die 8% des Kyoto-Protokolls, sondern der Emissionsausstoß soll bis 2020 um 20% verringert werden – koste es, was es wolle<sup>19</sup>!

EU-Behörden misstrauen der Marktwirtschaft per se. Diese Aussage lässt sich z. B. anhand von Formulierungen der EU-Kommission in den „Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2012“<sup>20</sup> belegen.

Anhand dieser Leitlinien ist es eindeutig, dass es der EU-Kommission klar ist, dass das o. g. 20%-Ziel der Energieeffizienz-Richtlinie nur mit drastischen Maßnahmen zu erreichen sein wird. Die Kommission erwartet z. B. erheblichen Kostendruck – bspw. durch erheblich gestiegene indirekte Co<sub>2</sub>-Kosten – bei etlichen energieintensiven Branchen.

Daraus folgt unmittelbar, dass die Nicht-EU-Staaten, die nur die Verpflichtungen gemäß Kyoto-Protokoll erfüllen wollen – als Folge der EU-Interventionen – Wettbewerbsvorteile per EU-Dekret erhalten – von den Staaten, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, ganz zu schweigen.

Für Unternehmer innerhalb der EU, die jetzt schon Grenzanbieter sind oder nahe dabei sind, werden solche Kostensteigerungen das Ende der Wettbewerbsfähigkeit bedeuten; sie werden vom Markt verschwinden.

Deshalb will die EU-Kommission ein ganzes Bündel von Beihilfemaßnahmen einführen. Diese Beihilfen sollen verhindern, dass ganze Industriebranchen ihre Produktionsstätten in Staaten außerhalb der EU verlagern.

Vorrangiges Ziel der Leitlinie soll also sein, dass mit neuen Interventionen die Abwanderung ganzer Industriebranchen verhindert werden soll.

Ein Abwandern dieser Industriebranchen ist in den Augen der EU-Kommission mit „Marktversagen“ gleichzusetzen. Dies ist Unsinn, ein Abwandern wäre gerade das Kennzeichen für einen funktionierenden Markt. Das „Marktversagen“ der EU ist orwellisches Neusprech für Staatsversagen!

Dabei gilt als hehres Oberziel der EU-Kommission, dass durch die Verhinderung der Produktionsstättenverlagerung in Staaten, die noch vernünftig – und nicht wie die EU-Behörden ideologisch-ökologistisch – mit dem Thema „Co<sub>2</sub>“ umgehen, die Einsparziele

---

<sup>17</sup> Folge z. B. dem oben skizzierten Weg der Richtlinie 96/61/EG via Richtlinie 2008/1/EG hin zur Richtlinie 2010/75/EU.

<sup>18</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0370:FIN:DE:PDF>.

Edgar L. Gärtner meint, dass die EU-Behörden die Bürger mit dieser Richtlinie zu einem Leben auf „Sparflamme“ zwingen, die praktische Umsetzung dieser Richtlinie sei mit „Selbstmord“ gleichzusetzen.

<sup>19</sup> Deutschland soll schon beim Ziel der 8% gut 75% der EU-Ersparnis schultern. Wird es, falls das Ziel 20% tatsächlich durchgesetzt werden sollte, dann überhaupt noch Industrie in Deutschland geben?

<sup>20</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:158:0004:0022:DE:PDF>.

der EU nicht nur innerhalb der EU erreicht werden, sondern selbstredend auch rund um den Globus.

Jene geplanten Interventionen enthalten ein ganzes Bündel differenzierter Beihilfemaßnahmen, die zwar die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft stützen sollen, aber gleichzeitig mit den Zielen des „Umwelt- und Klimaschutz“ korrespondieren sollen. Die Beihilfen sollen also nur gewährt werden, wenn gleichzeitig die sog. umweltpolitischen Ziele unbeschadet bleiben.

Daraus folgt, dass die Beihilfen an die o. g. möglichen Empfänger nur geleistet werden, wenn die potentiellen Empfänger im angedachten Zeitraum auch ihre energiepolitischen Verpflichtungen (z. B. Energieeffizienz gemäß EU-Kommission, im allgemeinen Sprachgebrauch Energieeinsparung, ob effizient oder nicht) erfüllen werden.

Die Beihilfen können z. B. als direkte Investitionshilfen oder durch kostenlose Zuteilung von Emissions-Zertifikaten gewährt werden.

Wenn Beihilfen gemäß Leitlinie gewährt werden können, ist darauf zu achten, dass die Marktmacht des Beihilfenehmers nicht gestärkt wird – die Sicht liegt hier auf der Konzernebene.

Wenn man die Neusprechfloskeln der Leitlinie ausblendet, dann geht es m. E. darum, dass wichtige Industriefelder nicht aus der EU verschwinden sollen. Damit die Bürger der EU nicht reflektieren, dass die ideologische Umwelt-/Klimapolitik der EU Arbeitsplätze und die persönliche Wohlfahrt gefährden.

Nur bin ich nicht der Meinung, dass diese Intervention, die temporär bis 2020 laufen soll, nachhaltigen Erfolg haben wird. Insbesondere gilt dies bei den mittelständischen Unternehmern. Die Branchenliste im Katalog der EU-Kommission enthält einen großen Anteil Mittelstand, und ich bin sicher, dass Mittelständler in der Regel längerfristiger als nur über sieben Jahre denken und planen.

Ich kalkuliere, dass es im unternehmerischen Umfeld gerade durch die Intervention zu Planspielen kommen wird, die es den Firmen erlauben, dass sie geschmeidig – mit der Mitnahme von Beihilfen – die Zeit bis 2020 überbrücken werden und parallel die Verlagerung von Betriebsstätten in Nicht-EU-Länder vorantreiben werden. Wie schrieb schon Adam Smith im Jahre 1776 „ein Kaufmann ist nämlich, ... nicht zwangsläufig Bürger eines bestimmten Landes. Für ihn ist es höchst gleichgültig, von welchem Ort aus er seinen Handel betreibt. Schon kleine Ärgernisse können ihn veranlassen, sein Kapital und damit auch das von ihm finanzierte Gewerbe in ein anderes Land zu verlagern.“<sup>21</sup>

Daraus folgt für mich, dass diese Leitlinie nicht die letzte Intervention der EU-Behörden sein wird, die darauf zielt, Industriebranchen im Schoße der EU zu halten. Generell gilt, dass staatliche Interventionen nicht zielkonform sind, mit der Folge, dass dann – wenn die erste Intervention ins Leere läuft – weiter erfolglos interveniert wird<sup>22</sup>.

Natürlich kann es auch sein, dass die Interventionen in die Richtung gehen, dass es fast unmöglich sein wird als Unternehmer sein Gewerbe zu verlagern. Heute schon zahlt man eine happige Auswanderungssteuer, wenn man alleine unsere Republik legal verlassen will. Sollte sich bei Politikern – hier den EU-Politikern und EU-Bürokraten – der Gedanke der Frau Künast durchsetzen – «Wer diesen Staat mitsamt seinem

---

<sup>21</sup> Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. München 1978, S. 343.

<sup>22</sup> Mises, Ludwig von: Kritik des Interventionismus. Darmstadt 1976, (Reprint der 1. Auflage von 1929).

Eigentum verlässt, der erfüllt den Straftatbestand der Republikflucht» –, dann könnte es für alle Beteiligten durchaus eng werden.

Persönlich erwarte ich aber zunächst für die kommenden Jahre noch weitere, ähnliche Interventionen der EU.

Weiter unten werden noch weitere kritische Anmerkungen zur Politik der EU und der EU-Staaten folgen. Hier sei nur noch angemerkt, dass die bisherigen kurzen Notizen m. E. zeigen, dass die EU-Energie-/Umwelt-/Klimapolitik ein direkter Weg in die Verarmung Europas sein wird.

Nach meinem Empfinden ist dies auch ein weiterer „Weg in die Knechtschaft“, da die Freiheitsräume der Menschen mittels solcher Politik immer weiter eingeschränkt werden.

### DEUTSCHE GESCHICHTE

Elias Canetti schreibt in seinem Hauptwerk „Masse und Macht“, dass das Massensymbol der Deutschen der „Wald“ ist<sup>23</sup>.

Folgt man dem zugrunde liegenden Gedankengang, dann ist es leicht nachzuempfinden, warum in Deutschland die Umweltbewegung einen fruchtbaren Boden fand, so dass etliche Pläne mit dem Label „Öko“, ohne dass die Bevölkerung viel murrte<sup>24</sup>, politisch auch umgesetzt werden. Hierfür ist die 1999 eingeführte Stromsteuer ein schönes Beispiel.

Diese Steuer wurde nur eingeführt, um mit den Einnahmen die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge – der sog. Lohnnebenkosten – zu realisieren. Mittels Politik-Marketing wurde die Etablierung der Stromsteuer jedoch als Einstieg in die „ökologische Steuerreform“ – Stichwort der Gegner war „Öko-Steuer“ – verkauft. Eine „ökologische Steuerreform“, endlich, denn wer ist schon gegen den Schutz der Umwelt? Nur Bornierte und Ewiggestrige!

Das Stromsteuergesetz von 1999 entwickelte eine gewisse Dynamik. So wurde z. B. aus dem alten Mineralölsteuergesetz im Jahre 2006 ein Energiesteuergesetz – diese Bezeichnung klingt doch weitaus „ökologisch korrekter“ –, in welchem mehr oder weniger alle möglichen Energieträger als „Steuereinnahmequellen“ erfasst sind: Das politische Marketing sprach in diesem Rahmen von der „Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform“.

Der Verwaltungsaufwand für einzelne, der im Gesetz behandelten Energieträger, wird zurzeit „noch“ höher sein als die daraus resultierenden Einnahmen, doch ich denke, dass sich dies ändern wird, denn die Kreativität der „Steuereintreiber“ kennt keinerlei Grenzen.

Diese Annahme wird u. a. dadurch bestätigt, dass das Energiesteuergesetz und das Stromsteuergesetz regelmäßig gravierend geändert werden. Rechts- und

---

<sup>23</sup> Canetti, Elias: Masse und Macht. Frankfurt/M. 1981, S. 190. Das Werk ist 1960 erstmals erschienen, Canetti arbeitete über zwanzig Jahre an dem Buch, seine eigenen Massenerlebnisse aus den 1920er Jahren (1922 und 1927) verortet Canetti als den Beginn der Entstehungsgeschichte seines Buches.

Einige Historiker sehen die Wurzeln der Umweltbewegung schon in der napoleonischen Zeit verankert, andere Historiker meinen, dass die Wurzeln in der deutschen Romantik zu suchen sind. Siehe hierzu z. B. Wey, Klaus-Georg: Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900. Opladen 1982.

<sup>24</sup> Gemäß den Emnid-Umfragen zum Thema, die ich seit September 2002 öfters verfolge, wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten eine deutsche Vorreiterrolle beim Umweltschutz.

Planungssicherheit gibt es keine; Unternehmen und Endverbraucher haben nur eine Konstante: Laufend werden grundlegende Einschnitte gemacht, die letztendlich die Energie zu Gunsten der Regierenden und zu Lasten der Verbraucher teilweise enorm verteuern.

Bei der derzeitigen Regelung zum Stromsteuer-Spitzenausgleich erinnert m. E. nur noch wenig an das ursprüngliche Motiv zur Etablierung des Spitzenausgleichs:

- Die Stromsteuer wurde eingeführt, um eine Entlastung bei den Beiträgen zur Rentenversicherung zu gewährleisten.
- Gleichzeitig sollte die Stromsteuer zu keinen Mehrbelastungen bei energieintensiven deutschen Industrieunternehmen führen.
- Folglich sollte der Spitzenausgleich eine Mehrbelastung verhindern, damit die Stromsteuer nicht zum Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft wird.

Inzwischen sind die Spitzenausgleiche der Energie- und Stromsteuergesetze komplett eingebunden in die energiepolitischen Vorgaben, die sich in den Richtlinien der EU-Behörden spiegeln. Einen Spitzenausgleich wird es nur noch für die Unternehmen geben, die Gegenleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz erbringen.

Im Detail heißt dies z. B., dass jene Unternehmen die Einführung und die Durchführung eines Umweltmanagements nach EMAS<sup>25</sup> oder eines zertifizierten Energiemanagementsystems nach ISO 50001<sup>26</sup> nachzuweisen haben.

Ein Energiemanagement nach ISO 50001 – kurz zusammengefasst in vier Phasen:

- Phase 1 – der Plan:
  - ✓ Die Verantwortung liegt beim Top-Management.
  - ✓ Mittels schriftlicher Erklärung ist das Ziel der Energiepolitik festzulegen.
  - ✓ Ein Energiebeauftragter ist zu benennen, der ein Energieteam leiten soll. Diese Gruppe hat die Energiepolitik des Top-Managements in das Unternehmen *hinein* zu kommunizieren.
  - ✓ Das Energieteam hat eine Erstbewertung der energiewirtschaftlichen Lage der Unternehmung zu erstellen.
- Phase 2 – die praktische Umsetzung:
  - ✓ Die formulierten Ziele werden in die Praxis eingeführt.
  - ✓ Hierfür sind die notwendigen Mittel bereitzustellen.
  - ✓ Ständige Kommunikationen des Energieteams mit der eingebundenen Belegschaft realisieren die Umsetzung der Ziele.
  - ✓ Die Inbetriebnahme und Realisierung des Energiemanagements erfolgt.
- Phase 3 – die Kontrolle:
  - ✓ Die Einhaltung, Erfüllung und Bewertung der energierechtlichen Vorgaben erfordern ein Instrumentarium zur regelmäßigen Überprüfung der energierelevanten Betriebsprozesse.

---

<sup>25</sup> EMAS steht für „Eco Management and Audit Scheme“, EMAS wurde von EU-Behörden als Kombination von Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung ab 1993 als fakultativ eingeführt. EMAS zählt zu den sog. „New environmental policy instruments“ (NEPI – neue umweltpolitische Instrumente) und ist eigentlich nichts weiter als ein Managementsystem. Nach meiner Erinnerung war in den letzten fast vierzig Jahren immer wieder irgendein Managementsystem „en vogue“ und etliche Unternehmen machten mit, um „in“ zu sein. Die meisten dieser Systeme scheiterten jedoch, weil die Bereitschaft gleichzeitig die eigene Unternehmenskultur zu ändern gering war – ähnliche Schwierigkeiten hat auch das EMAS.

<sup>26</sup> ISO 50001 ist die weltweit gültige Norm zum Aufbau eines Energiemanagements.

- ✓ Als ein solches Verfahren bieten sich regelmäßige interne Audits an.
- ✓ Die Erkenntnisse dieser Audits werden analysiert, z. B. in einem speziell dafür eingerichteten Controlling-Team.
- ✓ Die Analyse- und Controllingresultate sind zu dokumentieren und werden dem Top-Management berichtet.
- Phase 4 – das Optimieren:
  - ✓ Die Dokumentationen sind durch das Top-Management zu bewerten, dies ist das sog. Management Review.
  - ✓ Das Review kennzeichnet die relevanten Punkte der Dokumentationen mittels Erfüllungsgraden, z. B. „0,6“ bezogen auf den Zielwert „1“.
  - ✓ Gegebenenfalls sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Erfüllungsgrade voranzutreiben.
  - ✓ Das Ganze ist ein dynamischer Prozess, so dass aus den Bewertungen ständig Verbesserungsvorschläge fließen und auch neue Ziele erkannt, formuliert und praktisch angegangen werden sollen und müssen.

Ab 2015 sollen nur noch die Unternehmen, die einen derartig aufwendigen Verwaltungsprozess auflegen, den Genuss von Vergünstigungen in der Art des Spitzenausgleichs erhalten können. Können, denn das Energiemanagement genügt nicht für sich alleine, sondern auch die Effizienzvorgaben (sprich: Das Einsparen von Energie) sind zu erfüllen<sup>27</sup>.

Etliche weitere Stories zum „Haare raufen“ ließen sich zur Praxis der Strom- und Energiesteuer anführen, vor allem mit Sicht auf das Agieren der Hauptzollämter<sup>28</sup> bei den Betriebsprüfungen. Auch könnte manche Story kolportiert werden, die sich aus der Neufassung des „Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)“ bezüglich den Fragen zur vertraglich korrekten Versorgung von Industrie- und/oder Gewerbebetrieben ergeben haben. Kritiker sprechen von einer neuen Dogmatik des Energierechts.

Doch davon sehe ich ab, es sollte nur ein kurzer Einblick erfolgen, über die komplizierte Art und Weise, in welcher deutsche Bürokratie und Politik die praktische Energiepolitik mittels Steuern zu steuern versucht<sup>29</sup>. Politik- und Bürokratievertreter

---

<sup>27</sup> Zur Art und Weise sind die Formulierungen des Stromsteuergesetzes sehr schwammig. Ich kenne alleine drei Positionen zur Auslegung jener Paragraphen. Falls die Durchführungsverordnung, diese liegt noch nicht vor, hier nicht klarer wird, dann denke ich, dass die Formulierungen des Stromsteuergesetzes (Novelle aus Dez. 2012) eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Juristen (Anwälte und Gerichte) sein werden.

<sup>28</sup> Die Hauptzollämter sind hier zuständig und betreuen für die oberste Finanzbehörde die Energie- und Stromsteuergesetze.

<sup>29</sup> Mittels Steuern zu steuern, diese Vorstellung beherrscht deutsche Politiker seit Bestehen der Bundesrepublik. Hier lohnt sich z. B. ein kurzes Querlesen in Schmolders, Günter: Der Wohlfahrtsstaat am Ende: Adam Riese schlägt zurück. München 1983, S. 59 – 75. Schmolders schildert dort prägnant das – mehr oder weniger – sinnlose Agieren der Wirtschafts- und Finanzpolitiker mit dem Instrument des deutschen Steuer- und Abgabenrechts. Ein Herumstochern, das meist wirkungslos und oft kontraproduktiv gewesen ist und ad hoc angestoßen, oftmals nur reinen politischen Aktionismus widerspiegelt. Auch von Günter Ederer wird dies bestätigt: Die Pläne von Prof. Kirchhof zur Steuervereinfachung wurden durch Politiker aller Parteifarben bekämpft, verunglimpft und lächerlich gemacht. Politiker wie Roland Koch nannten auch den Grund dafür, sie wollten mit den Steuern weiter steuern. Eine grundlegende Vereinfachung des deutschen Steuer- und Abgabenrechts würde solchen Politikern eines ihrer Lieblingsspielzeuge nehmen. Siehe Ederer, Günter: Traum weiter Deutschland. Frankfurt/M., S. 132ff.

verweisen häufig auf die ungeheure Komplexität des Themas und auf die Schwierigkeiten, jene supranationalen Vorgaben in der Praxis auch umzusetzen.

Kein Widerspruch – sicher sind die supranationalen Vorgaben komplex. Doch das Agieren der deutschen Politiker und Bürokraten erinnert mich an eine Rede, die Kurt Biedenkopf zum 100. Geburtstag Franz Böhms gehalten hatte. Biedenkopf sagte damals, dass komplexe Probleme einfache Lösungen verlangen; doch leider würden Politik und öffentliche Verwaltung komplexe Probleme gleichsetzen mit kompliziert, und er habe dann oft den Eindruck, als würde grundsätzlich Komplexität mit Kompliziertheit – auch und gerade bei den Lösungswegen – verwechselt<sup>30</sup>.

Ein weiterer Markierungspunkt der deutschen Energiepolitik spiegelt sich im „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG)“<sup>31</sup> wider. Dieses Gesetz dient lt. § 1 EEG nur den Interessen des Klima- und Umweltschutzes und verfolgt folgende Ziele:

- Die Energieversorgung soll nachhaltig sein.
- Externe Effekte sollen in die Kosten der Energieversorgung internalisiert werden.
- Die fossilen Ressourcen (Braunkohle, Steinkohle etc.) sollen nachhaltig geschont werden.
- Die technologische Entwicklung zur Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie soll nachhaltig und vorrangig gefördert werden.

Zug um Zug sollen die Anteile – § 1 Abs. 2 EEG – der erneuerbaren Energien bei der Stromversorgung erhöht werden, und zwar

bis 2020 auf 35% – bis 2030 auf 50% – bis 2040 auf 65% – bis 2050 auf 80%!

Um dies auch umzusetzen, sind die Netzbetreiber gemäß § 8 Abs. 1 EEG verpflichtet, der Einspeisung von „Strom aus erneuerbaren Energien“ die 1. Priorität einzuräumen, der „Strom aus erneuerbaren Energien“ ist unverzüglich einzuspeisen und soll damit sozusagen die Grundlast im Stromnetz stellen. Es besteht für die Netzbetreiber eine Anschluss- und Abnahmepflicht für „Strom aus erneuerbaren Energien“. Des Weiteren sind feste Vergütungssätze – im Teil 3 des EEG verankert – vorgeschrieben, die der Netzbetreiber an den Erzeuger von „Strom aus erneuerbaren Energien“ zu leisten hat, diese Vergütungssätze sind wesentlich höher als die Preise, die für Strommengen mittels herkömmlicher Stromerzeugung zu leisten sind. Außerdem stehen die Netzbetreiber – § 4 EEG – in einem gesetzlichen Schuldverhältnis gegenüber den Betreibern von Stromerzeugungsanlagen im Sinne des EEG's.

Gemäß der Auflistungen im § 3 EEG sind mit Hilfe dieses Gesetzes z. B. die Stromerzeugungsanlagen aus der Windenergie, der Wasserkraft, der Solarenergie, der Geothermie und der Biomasse zu fördern. Folgen des EEG's sind, dass:

- Hausbesitzer ihre Dächer mit Solaranlagen bestücken, da für Solaranlagen die höchsten Subventionssätze je kWh gezahlt werden;

---

<sup>30</sup> Biedenkopf, Kurt et. al.: Wirtschaftsordnung als Aufgabe: Zum 100. Geburtstag von Franz Böhm. Krefeld 1995, S. 25. Biedenkopf dort auf S. 24. f.: „Fortschritt ist der Weg vom Primitiven über das Komplizierte zum Einfachen“. Von diesem Fortschritt hin zum Einfachen sind wir in Deutschland sicher noch weit entfernt!

<sup>31</sup> Das EEG wurde in der Nachfolge zum „Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz“ aus 1991 im Jahre 2000 eingeführt und seitdem mehrfach geändert. Das EEG wuchs von ursprünglichen 22 Paragraphen auf zurzeit 66 Paragraphen an, außerdem wird sich inzwischen in weit über 140 Vorschriften auf das EEG bezogen. Zur Historie des EEG's siehe z. B. die Dokumentation: [http://www.stadtwerke-annaberg-buchholz.de/eeg\\_historie.cfm](http://www.stadtwerke-annaberg-buchholz.de/eeg_historie.cfm).



- Landwirte vielfach Weideflächen umwidmen in Flächen zur Aufstellung von Solaranlagen;
- Bauern großflächig Mais an Stelle von anderen Feldfrüchten, die der Lebensmittelerzeugung dienen, anbauen, der dann als Biomasse dient.

Ein Hausbesitzer speist nun über seine Solaranlage teuren EEG-Strom ins Netz und bezieht billigeren Strom für den Eigenbedarf aus dem Netz.

Dr. Krause brachte es in seinem Blog auf den Punkt: Die Regierung betreibt die Politik, die etliche der Parlamentarier in der DDR kennenlernten.

„Das DDR-Gans-Prinzip: Die Einspeisevergütung für Solarstrom (der staatliche Garantiepreis) liegt weit über dem Verkaufspreis. Eine solche Praxis gab es in der DDR. Dort konnte man zum Beispiel die im eigenen Garten großgezogene Gans für 30 Mark an den örtlichen Konsum verkaufen. Nach einigen Stunden konnte der Erzeuger seine Gans geschlachtet, gerupft und ausgenommen für 15 Mark wieder erstehen. Auch der Solarstromerzeuger verfährt nach dem DDR-Gans-Prinzip“<sup>32</sup>.

Soweit Dr. Krauses Vergleich des DDR-Gans-Prinzips mit dem EEG, und ich denke dieses Beispiel spricht für sich – mehr ist nicht zu sagen und braucht auch nicht gesagt zu werden – auf diese Art und Weise funktioniert das EEG.

Ein deutscher Standortvorteil war das stabile Stromnetz, das sich durch die Verlässlichkeit in den Fahrweisen der Grund-, Mittel- und Spitzenlast<sup>33</sup> auszeichnete (siehe die Fußnote). Wie oben – bei den Ausführungen zum EEG – angemerkt, muss ein Netzbetreiber Strom aus EEG-Anlagen unverzüglich ins Netz einspeisen mit der Folge: Die Rahmenbedingungen der Energieversorgungsunternehmen (EVU's) zur Handhabung der Grundlast haben sich geändert – und ändern sich grundlegend, je mehr EEG-Anlagen ans Netz gehen.

Die EEG-Anlagen drängen die klassischen Grundlastkraftwerke aus der Grundlast in Richtung Mittellast. Ein klassisches Grundlastkraftwerk wurde in der Regel – siehe o. g. Fußnote – soweit wie möglich auf volle Leistung gefahren, weil es dann am

---

<sup>32</sup> <http://kpkrause.de/2010/06/05/dieser-superteure-strom/>.

<sup>33</sup> *Grundlast – Mittellast – Spitzenlast*: Die Belastung des Stromnetzes, die im Ablauf eines Tages nicht unterschritten wird, nennt man die Grundlast. Im Tageslauf wird der Bedarf – also die Stromnachfrage – normalerweise periodisch schwanken und nicht konstant dem Niveau der Grundlast entsprechen. Dieser ganz normale periodische Mehrbedarf ist der Bereich der Mittellast. Kurzfristig kommt es natürlich auch zu Bedarfsspitzen beim Stromverbrauch, ergo steigt auch die Netzbelastung in solchen Situationen sehr stark an, dies ist dann die Spitzenlast des Stromnetzes.

In den Zeiten vor dem EEG war es üblich, dass die Kraftwerke mit relativ hohen Fixkosten und geringen variablen Kosten in der Grundlast eingesetzt wurden. Solche Kraftwerke waren Kern-, Braunkohle- und Laufwasserkraftwerke, nach Möglichkeit wurden jene Kraftwerke rund um die Uhr auf volle Leistung gefahren. Um die Mittellast abzudecken, wurden vor allem Kraftwerke mit geringeren Fixkosten eingesetzt. Da die Mittellasten relativ gut – da periodisch wiederkehrend – abzuschätzen sind, gab es für diese Mittellastkraftwerke belastbare, gut durchdachte, Tagespläne. Spitzen im Strombedarf, also in der Regel ein unvorhersehbares schnelles Ansteigen des Strombedarfs, wurden durch Kraftwerke aufgefangen, die schnell – innerhalb weniger Minuten – mit ihrer Leistung im Netz sind. Hierzu zählten Pumpspeicherkraftwerke, Druckluftspeicherkraftwerke und Gasturbinenkraftwerke.

In den Zeiten des EEG's hat der Gesetzgeber den Energieversorgern eine völlig andere Fahrweise aufgezwungen. Windkraft- und Solarkraftwerke stehen in der Grundlast. *Natürlich ist dies völlig logisch – da stets ausreichend Wind weht und gerade in unseren Zonen ständig genügend die Sonne scheint*. Dies hat z. B. den Effekt, dass der Einsatz der ehemaligen Kraftwerke der Grundlast in Richtung Mittellast verschoben wird, um dort die alten Mittellastkraftwerke zu verdrängen – usw. usf.: Die Einsatzkosten steigen und dadurch die Preise für den Stromendverbraucher auch.

kostengünstigsten war – ein wechselseitiges Hoch- und Runterfahren jener Kraftwerksblöcke verursacht schon in der Mittellast einige Mehrkosten.

Als Kraftwerke der Mittellast müssen jene Kraftwerke jetzt flexibler gefahren werden, also öfters angefahren, hochgefahren und auch wieder runtergefahren werden. Dies verursacht zusätzliche Kosten, die natürlich in die Kalkulation eingehen und letztlich vom Konsumenten bezahlt werden. Der Endverbraucher bezahlt also nicht nur die EEG-Subventionen über den Strompreis, sondern auch die Mehrkosten, die das EEG verursacht – der Preisanstieg pro kWh Strom ist somit per Regierungs-Dekret vorgegeben.

Da Wind- und Solaranlagen völlig abhängig sind von der Natur – hier der Wind, dort die Sonne – ist eine belastbare und verlässliche Planung, wie man diese von den herkömmlichen Kraftwerkstypen her kennt, schlechterdings mit solchen EEG-Anlagen nicht möglich. Sind jene EEG-Anlagen – durch die Natur bedingt – nicht einsetzbar, dann ist der Einsatz der klassischen Kraftwerke für die Grundlast unabdingbar, damit das Stromnetz stabil bleibt. Die Fahrweise der herkömmlichen Kraftwerke muss also in einer Art und Weise gehandhabt werden, dass unvorhergesehene Ausfälle von EEG-Anlagen, ohne dass Probleme im Netz entstehen, abgefedert werden. Auch so etwas geht nicht ohne Mehrkosten.

Am 11. März 2011 verursachten Erd- und Seebeben im japanischen Fukushima eine Reihe von Unfällen und Störfällen im dortigen Kernkraftwerk – vier der sechs Reaktorblöcke waren davon betroffen.

Diese Reaktorunfälle riefen in Deutschland massenhafte Demonstrationen gegen die Kernenergie auf die Straßen. Ein paar Demonstrationen im Umfeld meines Heimatortes habe ich aus der Nähe miterleben dürfen, die Menschen kamen mir fast vor wie im Fieber – im Fukushima-Fieber. Alle Naturschützer und Grünen-Fundamentalisten hatten hohe Zeit, vernünftig diskutieren konnte man – so zumindest meine damalige Erfahrung – mit einer erschreckend großen Zahl von Menschen nicht mehr.

Da in Deutschland damals zwei Landtagswahlen anstanden, haben die Grünen die japanischen Reaktorstörungen im Wahlkampf geschickt vermarktet und konnten so in Baden-Württemberg sogar erstmals einen Ministerpräsidenten stellen.

Die Bundesregierung, die von den Verlierern jener Landtagswahlen – Union und FDP – repräsentiert wird, reagierte mit dem gewohnten und zu erwartendem Aktionismus: Es wurde zunächst ein Moratorium für die älteren deutschen Kernkraftwerke ausgerufen, und im weiteren Verlauf wurde ein kompletter Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

Aktionismus pur, ein deutscher Alleingang! Dabei hatte diese Bundesregierung noch wenige Monate vorher den von der Regierung Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht. Eine Maßnahme, die u. a. als notwendig dargestellt wurde, damit Deutschland seine energiepolitischen Ziele gemäß Kyoto-Protokoll und EU-Vorgaben auch erreichen sollte; denn die Emissionen der Kernkraftwerke sind verschwindend gering.

Wie ein Kenner der Materie bemerkte, seit dem Moratorium für deutsche Kernkraftwerke läuft das deutsche Stromnetz auf Kante, die Netze stehen unter Stress und sind hoch belastet. Es ist schon mehrfach zu Stromausfällen im Milli-Sekunden-Bereich gekommen. Diese genügten, um sensible durch Computerprogramme gesteuerte industrielle Produktionsprozesse erheblich zu stören. Somit ist der deutsche

Standortvorteil des stabilen und verlässlichen Stromnetzes in Zweifel zu ziehen, ganz gewichtig in Frage zu stellen<sup>34</sup>.

Die Frage ist nun, ob das Netz so instabil werden kann, dass es zu großflächigen Stromausfällen kommt bis hin zu einem „Schwarzfall“ für ganz Deutschland. Ich denke, dass man diese Frage mit einem „Ja“ zu beantworten hat. So sieht bspw. Boris Schucht, Chef des großen Netzbetreibers 50 Hertz Transmission, der rund 30% der deutschen Fläche abdeckt, besonders große Gefahren für die Ballungsräume des Rhein-Main-Gebietes und Hamburgs.

Auch die Mainstream-Presse griff das Thema auf. Die Financial Times Deutschland sprach 2011 von einer schrumpfenden Basis für stabile Stromnetze in Deutschland; der Spiegel jammerte, dass Tausende von Öko-Stromanlagen für den Ernstfall nachzurüsten seien. Die Welt schrieb „Die ‚dunkle Flaute‘ wird in der Energiebranche gefürchtet: An kalten, lichtarmen und windstillen Wintertagen ist die Situation für die Stromversorgung besonders kritisch.“

Verstärkt wird die kritische Lage des Netzes auch dadurch, dass mehrere EVU's Kraftwerke bzw. Kraftwerksblöcke außer Betrieb nehmen wollen; so z. B. der norwegische Konzern Statkraft einen großen Teil seines deutschen Gaskraftwerkspark, der sich nicht mehr rechnet.

Die E.On kündigte an, mehrere süddeutsche Kraftwerke außer Betrieb zu nehmen, da für diese Kraftwerke jährlich hohe zweistellige Millionen-Euro-Verluste anfallen. Die Bundesregierung drohte daraufhin, dass sie E.On per Verordnung zwingen würde, die Blöcke in Betrieb zu halten<sup>35</sup> – Verluste hin oder her, für das süddeutsche Stromnetz würden sich die Probleme ohne diese Kraftwerksblöcke noch verschärfen. Die Reaktion von E.On war zunächst eindeutig: Einem solchen Zwang, per Dekret Verluste hinnehmen zu müssen, würde man mit Rechtsmitteln begegnen. Die Blöcke sind noch am Netz und die angedrohte Verordnung unterblieb, aber zwei jener Blöcke – da systemrelevant – betreibt inzwischen die Bundesnetzagentur.

Die Welt – s. o. – deutete auf Gefahren für das Netz hin, die im Winter bestehen. Das Bild, das die Welt beschrieb, ist aber nicht das einzige sorgenvolle Szenario der kalten Jahreszeit. Falls z. B. starker Frost herrscht und dabei stetiger Wind weht, also die Verhältnisse für die Windkraftanlagen hervorragend sind und außerdem gute Standards für die Solaranlagen vorherrschen durch einen wolkenfreien Himmel in den Mittagsstunden trotz kalter Jahreszeit, dann erzeugen jene EEG-Anlagen u. U. große Mengen an überschüssigem Strom.

Sollten unsere Nachbarstaaten diesen Überschuss nicht abnehmen wollen und/oder können, weil sie eventuell ähnliche Probleme haben, dann wird das deutsche Netz stark belastet – auch überlastet – sein. Anscheinend gibt es Überlegungen in Nachbarstaaten, wenn kritische Situationen vorliegen, den überschüssigen deutschen Strom nicht

---

<sup>34</sup> Zum folgenden kann grundsätzlich auch der Bericht der Bundesnetzagentur zur Energieversorgung im Winter 2011/12 hinzugezogen werden. In diesem Bericht beschreibt die Bundesnetzagentur ziemlich nüchtern die Lage des bundesdeutschen Stromnetzes nicht viel anders als etliche Blogger und Journalisten: [http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht\\_ZustandWinter11\\_12pdf.pdf?\\_blob=publicationFile](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht_ZustandWinter11_12pdf.pdf?_blob=publicationFile).

<sup>35</sup> Solche Eingriffe per Dekret verlangte die Bundesnetzagentur schon auf S. 10 ihres Berichts zur Energieversorgung im Winter 2011/12: [http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht\\_ZustandWinter11\\_12pdf.pdf?\\_blob=publicationFile](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht_ZustandWinter11_12pdf.pdf?_blob=publicationFile).

abzunehmen, also an den Grenzen bei den Netzübergabestellen sozusagen die Schotten dichtzumachen für deutschen Strom; technisch soll so etwas einfach zu handhaben sein.

Es gibt eine ganze Reihe von Szenarien, die nicht nur vorstellbar sind, sondern auch in der Realität möglich und wahrscheinlich sind. Es kann dann sicherheitstechnisch automatisch zum Abschalten ganzer EEG-Anlagen (zunächst Solar- und dann Windenergie) kommen. Geschieht dies plötzlich, dann kann das Netz so stark abfallen, dass ein Dominoeffekt eintritt und sicherheitstechnisch alle Kraftwerke der Reihe nach automatisch vom Netz gehen. Im Lawineneffekt schaltet sich Netzabschnitt nach Netzabschnitt weg – ein Schwarzfall für ganz Deutschland. So wäre die Realität.

Schon im letzten Winter (2011/12) hat Deutschland kurz vor einem Schwarzfall gestanden. Dies geht aus dem Bericht der Bundesnetzagentur<sup>36</sup> hervor, in welchem zwar etwas zurückhaltend und gesetzt formuliert wurde, aber es wird nichts weiter beschrieben als ein Zustand, der sehr knapp an einem Schwarzfall vorbeischrämte.

In sehr vielen Veröffentlichungen wird die Schuld im mangelnden Netzausbau gesehen. Dadurch, dass die Betreiber des deutschen Stromnetzes unter der Regie einer Bundesbehörde (Bundesnetzagentur) stehen, ist es für die Politik-Akteure nicht mehr ganz so einfach – wie in früheren Jahren – die EVU's in der Öffentlichkeit als Prügelknaben zu nutzen. Die Politik steht nun selber in der veröffentlichten Meinung unter Beschuss.

Zweifellos ist es richtig, dass das deutsche Stromnetz wegen der EEG-Vorgaben (z. B. Windkraftanlagen in der Nordsee) und dem Wegfall der Kernkraftwerke ausgebaut und getrimmt werden muss. Doch das deutsche Planungsrecht lässt für solche Investitionsvorhaben, die schließlich Landstriche in der gesamten Republik berühren, wenig an Flexibilität zu.

Schon 1993 beklagte Gerhard Fels, dass die Umsetzung von Großprojekten durch das deutsche Planungsrecht 70 Monate und länger währen kann, Prof. Fels forderte damals maximale Fristen für die einzelnen Stufen der Verfahren<sup>37</sup>. Im Sinne solcher Forderungen hat sich seither nichts geändert – höchstens verschlimmert. Verfahren können also weiterhin hinausgezögert werden, so dass sich eine Realisierung eines Projektes von selbst erledigt hat, wie dies die IHK-Hannover-Hildesheim schon 1988 beklagte und dokumentierte<sup>38</sup>.

Festzuhalten bleibt, im Gefolge der japanischen Störfälle im Kernkraftwerk von Fukushima reagierte die deutsche Politik mehr oder weniger mit Aktionismus: Die Kernkraftwerke wurden vom Netz genommen, ohne Rücksicht auf die Stabilität des deutschen Stromnetzes, ohne die Folgen bedacht zu haben. Eine Trimmung und ein Ausbau der Stromnetze erfordert Zeit, wegen des deutschen Planungsrechts sogar sehr viel Zeit. Folglich muss in Deutschland mit Stromausfällen gerechnet werden, ein Schwarzfall kann regional beschränkt sein – vielleicht nur auf ein Bundesland, ein Schwarzfall kann aber auch die komplette Republik betreffen; und nicht nur das: Ein gesamtdeutscher Schwarzfall kann auch weite Teile, ja den größten Teil Europas in

---

<sup>36</sup> Die Berichte der Bundesnetzagentur (Quellenverzeichnis) beschreiben die Stresslage des bundesdeutschen Stromnetzes ziemlich eindeutig. Siehe insbesondere den Bericht zum Netzzustand im Winter 2011/12, S. 52: „Wäre es in dieser Situation zum Ausfall eines großen Kraftwerks gekommen, hätte kaum noch Handlungsspielraum zur Verfügung gestanden“.

<sup>37</sup> Fels, Gerhard: Wirtschaftsstandort Deutschland; in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 43. Jg., 1993, Heft 7, S. 440.

<sup>38</sup> IHK-Hannover-Hildesheim: Schnellere und kalkulierbare Genehmigungsverfahren. Hannover 1988.

einen Schwarzfall hineinziehen. Man sollte schließlich nicht vergessen, dass auch Österreich, die Schweiz, Belgien und Italien – alle Netto-Stromimporteure – an der deutsch-französischen Einspeisung hängen.

Bei einem Schwarzfall kann man nur hoffen, dass ein paar Pumpspeicherkraftwerke noch Wasser im Oberbecken haben und ein paar Großkraftwerke schnell genug reagieren könnten und auf Inselbetrieb umgeschaltet werden können. Dies wäre dann eine relativ gute Basis, um die Netze Zug um Zug wieder aufbauen zu können.

Natürlich reagiert die Energiewirtschaft und trainiert die wichtigen Mitarbeiter. Im Simulator werden Schulungen für den Schwarzfall mit Mitarbeitern aller Sektoren/Teilspektoren aus der Energiewirtschaft durchgeführt. Diese Mitarbeiter werden sensibilisiert: Wie ist zu handeln? – Was ist zu tun? Und vor allem mit wem? – Wer sind die Ansprechpartner, und wo sind diese?

Welche Auswirkungen hat ein Schwarzfall – noch dazu vielleicht im Winter?

- Die modernen Kommunikationsmittel fallen aus. Ob Telefon, Internet, Radio oder Fernsehen, alles ist abhängig vom Strom. Die Bürger sind weitgehend auf sich selbst gestellt. Funktionierende Familienbande wären dann hilfreich, doch diese werden von der Politik systematisch in ihrer Substanz ausgehöhlt.
- Die modernen Zentralheizungen funktionieren durch Strom, folglich sind die Wohnungen ohne Wärme. Im Winter kann es dann zwangsläufig zu Todesfällen durch Erfrieren kommen.
- Die Bevorratung der Lebensmittel des täglichen Bedarfs fällt also aus, und die Lebensmittel verderben. Denn die Bevorratung erfolgt durch Kühlschränke und Kühltruhen und diese hängen an der Stromversorgung.
- Das moderne Verkehrswesen ist abhängig vom Strom: Straßenbahnen, Eisenbahnen, auch die Autos, denn die Zapfsäule an der Tankstelle funktioniert durch Strom.
- Licht, Wärme, Kälte, Mobilität – alles ist stromabhängig und bricht weg. Haben die Krankenhäuser, Hospize, Pflege- und Altenheime hier vorgesorgt mit Notstromaggregaten? Oder wird es gerade dort vermehrt zu Toten kommen?
- Wird es zu Ausschreitungen und/oder Plünderungen kommen? Wie werden die Menschen auf das Wegbrechen solcher zivilisatorischen Selbstverständlichkeiten reagieren? Zeigt das, was gemeinhin „die Bestie Mensch“ genannt wird, dann wieder einmal die Zähne?
- Usw., usf.!

Jedem Bürger, der die Möglichkeit dazu hat, ist die Anschaffung eines Notstromaggregates zu empfehlen, um solche Zeiten zu überbrücken; auch ein Vorrat an Wachskerzen ist nützlich.

### **ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN**<sup>39</sup>

Es gibt wegen den supranationalen und nationalen Vorgaben der UNO, der EU und der EU-Einzelstaaten zur Klimapolitik auch kritische Stimmen. Zunächst ein kurzer Blick auf die kritischen Stimmen aus dem „Öko-Lager“. Etlichen Aktivisten aus diesem

---

<sup>39</sup> Insbesondere zu den vielen Fragen, die sich aufdrängen, kann nur auf weiterführende Literatur verwiesen werden, z. B. auf Driessen, Paul K.: Öko-Imperialismus: Grüne Politik mit tödlichen Folgen. Jena 2006 und auf Gärtner, Edgar L.: Öko-Nihilismus. Eine Kritik der politischen Ökologie. Jena 2007. Das Buch von Gärtner erschien völlig überarbeitet 2012 in neuer Auflage „Öko-Nihilismus 2012. Selbstmord in Grün.“ In eigentümlich frei, Heft 126 findet sich eine Rezension der überarbeiteten Neuauflage des Buches.

Lager gehen jene rechtlichen Vorgaben nicht weit genug, andere monieren, dass die Kosten der Umsetzung der Energiewende vom sog. „kleinen Mann“, von „Otto Normalverbraucher“ zu tragen sind. Aus diesem Kreise kamen z. B. Vorwürfe, dass die Industrie auch die kostenlos zur Verfügung gestellten Emissionszertifikate in die Preiskalkulation einstellte. Leider musste ich feststellen, dass es in Gesprächen sehr schwer ist, dem Gesprächspartner den Begriff und das Konzept der Opportunitätskosten<sup>40</sup> klarzumachen, also weshalb es ökonomisch zwingend ist, dass auch kostenfreie Zertifikate in die Preiskalkulation einfließen<sup>41</sup>.

Außerdem bin ich der Meinung, dass gerade die große Mehrheit jener, die einfach die grünen Positionen übernehmen, sicherlich nicht solche grünen Papiere, wie die „Weimarer Erklärung 2013“<sup>42</sup> sorgfältig gelesen bzw. gar nicht gelesen hat. Die dortigen Ausführungen zur Energiepolitik würden in der praktischen Umsetzung eine brutale Umverteilung von „unten nach oben“ ergeben<sup>43</sup>.

Umweltökonominnen wie z. B. Richard Tol<sup>44</sup>, Ross McKittrick und Manuel Frondel<sup>45</sup> weisen in ihren Analysen nach, dass die weltweite Klimapolitik, hier speziell die EU-Klimapolitik, ineffektiv und teuer ist. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten würde man – folgt man den Aussagen dieser Umweltökonominnen – preiswerter und effektiver zum Ziel kommen. Preiswert und effektiv – zu diesem Ergebnis kam schon 1981 Gabriele Knödgen in ihrer Kasseler Dissertationsschrift<sup>46</sup>. Von der Autorin wird vermerkt, dass die Unternehmen viele Umweltmaßnahmen freiwillig durchführen, dies umso eher, wenn es sich dabei um Maßnahmen handelt, die bei der Modernisierung des

---

<sup>40</sup> Hierzu ist anzumerken, dass gemäß dem von Friedrich von Wieser im 19. Jahrhundert entwickelten und allgemein anerkannten Konzept der Opportunitätskosten (ihm zu Ehren auch Wiesersches Kostengesetz genannt) diese Kosten bei den Preiskalkulationen zu berücksichtigen sind. Opportunitätskosten sind allgemein definiert als entgangener Nutzen, dieser ist in der Regel „unsichtbar“ und diesem liegen zahlreiche, bis heutzutage dominante Täuschungen der Politik zugrunde, z. B. überall dort, wo „Umwegrentabilitäten“ von „Ökonomen“ im Staatsdienst berechnet werden – seit Frédéric Bastiat als „Irrtum vom zerbrochenen Fenster“ bekannt.

<sup>41</sup> Wie schon weiter oben angeführt, ist es eine Tatsache, dass der Käufer einer Ware immer die Kosten der gekauften Ware bezahlt. Will der Konsument den Preis des Warenproduzenten nicht zahlen, dann verschwinden der Anbieter und seine Ware längerfristig vom Markt. Da die Energie eine Ware ist, die jedermann notwendig nachfragt, gehen die politisch verursachten Kosten zu Lasten des Konsumenten. Muss der Konsument einen höheren Anteil seines Einkommens zur Energiebefriedigung aufwenden, dann kann dies nur zu Lasten anderer Güter gehen, diese werden weniger nachgefragt und die individuelle Wohlfahrt des einzelnen Konsumenten sinkt dadurch ab. Hier könnte man makroökonomisch zeigen, dass eine derartige staatliche Energiepolitik zwangsweise zu allgemeinen Wohlfahrtsverlusten führen wird.

<sup>42</sup> [http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/fraktion/beschluesse/Beschluss\\_Weimarer\\_Erklaerung\\_2013.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Weimarer_Erklaerung_2013.pdf).

<sup>43</sup> Eine Umverteilung von „unten nach oben“, dieses Analyseergebnis findet sich schon 1952 bei Bertrand de Jouvenel. Zahlreiche gut gemeinte staatliche Maßnahmen, die dem „kleinen Mann“ helfen sollten, bewirkten das Gegenteil des Gewollten. Jouvenel, Bertrand de: Die Ethik der Umverteilung. München 2012, siehe z. B. S. 91f. oder S. 103 – S. 111. Jouvenel zeigt, dass vor allem die Macht und die Rechte des Einzelnen zu den politischen Mächtigen verschoben werden. Der Handlungsspielraum des Individuums wird mehr und mehr eingeschränkt.

<sup>44</sup> Zu Richard Tol siehe den Kommentar und den aktuellen Literaturhinweis von Hentrich, Steffen: <http://liberalesinstitut.wordpress.com/2013/02/04/nicht-der-muhe-wert/>.

<sup>45</sup> Fundierte Arbeiten von McKittrick und Frondel finden sich in Hentrich, Steffen; Krahmer, Holger (Hg.): Realitätscheck für den Klimaschutz. Potsdam 2011.

<sup>46</sup> Knödgen, Gabriele: Umweltschutz und industrielle Standortentscheidung. Dissertation Kassel 1981, Frankfurt/M. 1982, siehe insbesondere ihre Kommentare zu Ergebnissen auf S. 140 und S. 180.

Kapitalstocks, also der Erneuerung alter Maschinen durch Neuinvestitionen, sowieso als Folge verbesserter Technik anfallen.

Verschiedene Fragen drängten sich mir nach der Lektüre mancher Texte zum Thema geradezu auf. Die folgenden Äußerungen sind nur kurze Splitter, die der Beantwortung solcher Fragen vielleicht dienlich sind.

⇒ Warum glaubt eine so große Anzahl von Menschen aus den verschiedensten Lagern an den vom Menschen gemachten Klimawandel?

Einmal wird dies wohl darin begründet sein, dass die Mainstream-Medien in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten in ihren Veröffentlichungen immer mehr auf „Umweltthemen“ eingeschwenkt sind. Etliche Menschen sind eben einfach indoktriniert worden durch die einseitige Medienberichterstattung.

Folglich schließt sich die Frage an, aus welchen Gründen viele Medien ziemlich einseitig berichten? Nun, falls die Umfrageergebnisse unter Presseleuten stimmen, dann ist die Antwort einfach: Mindestens 75% der befragten Journalisten sind der rot-grünen bzw. grün-roten Ideologie zuzurechnen.

Auch etliche „Stars“ aus der populären Szene – Musik, Film, Fernsehen – bekennen sich öffentlich – z. B. in Talkshows – zu grünen Positionen. Solche „Stars“ werden – denke ich – beim Publikum Gehör finden. Dabei möchte ich den sog. „Stars“ nichts Böswilliges unterstellen; ich denke vielmehr, dass Leute, wie der BAP-Frontmann Wolfgang Niedecken, zu den gläubigen Idealisten zu rechnen sind. Niedecken z. B. hatte vor vielleicht zwei oder drei Jahren im Fragebogen des WDR ganz deutlich seinen Abscheu über Menschen geäußert, die nicht an den vom Menschen gemachten Klimawandel glauben. Auf seine Anhänger werden seine Äußerungen und Aktionen irgendwie eine Wirkung haben – bewusst oder auch unbewusst<sup>47</sup>.

Daneben sind viele sog. Intellektuelle<sup>48</sup> gläubige Anhänger der Öko-Ideologie. Als Lehrer und Erzieher geben und gaben sie diese Ideen an Kinder, Schüler und Studenten weiter. Ein ganz extremes Beispiel eines fundamentalistisch Verirrten lieferte jüngst ein Professor der systematischen Musikwissenschaft an der Universität Graz. Prof. Richard Parncutt, ein Australier, der der Meinung ist, dass alle Klimaleugner, alle diejenigen, die eine andere Meinung als der IPCC vertreten, hingerichtet werden sollen. Diese „persönlichen Ansichten“ veröffentlichte Prof. Parncutt, zusammen mit einer Todesliste von mehr als 200 Personen, auf den WEB-Seiten der Universität Graz zu Weihnachten 2012. Eine Art Aufruf zur „Fatwa“ ist anscheinend auch in Mitteleuropa ungestraft möglich.

⇒ Warum ist die ökologistische Ideologie so etwas wie eine zivile Ersatzreligion geworden und beherrscht den Zeitgeist?

Vielfach ist zu lesen, dass der Mensch ein moralisch-geistiges Wesen ist. Die Leerung der christlichen Kirchen in Deutschland hätte beim Menschen eine Leere hinterlassen,

---

<sup>47</sup> Die Rolle, die populäre Stars und erfolgreiche Schriftsteller bei der Hege und Pflege der Abneigungen gegen Marktwirtschaft und Freiheit spielen, wurde schon in den 1940er und 1950er Jahre von Ludwig von Mises untersucht; siehe Mises, Ludwig von: Die Bürokratie. Königswinter 1997, die 1. Amerikanische Auflage ist von 1944 und Mises, Ludwig von: Die Wurzeln des Antikapitalismus. Frankfurt/M. 1979, die 1. amerikanische Auflage ist aus 1956.

<sup>48</sup> Auch schon in den 1950er Jahre hat Ludwig von Mises das „Warum“ der Vorlieben der Intellektuellen für den Kollektivismus, den Etatismus untersucht, und zwar auch in Mises, Ludwig von: Die Wurzeln des Antikapitalismus. Frankfurt/M. 1979, die 1. Amerikanische Auflage ist aus 1956.

diese Leere würde nunmehr z. B. durch die ökologistische Ideologie gefüllt; diese spiele nun eine Art von ziviler Ersatzreligion.

Folgt man hingegen den Gedanken von Friedrich August von Hayek, dann wirkt das Bild etwas differenzierter. Hayek unterscheidet zwei Arten von Moral:

Einmal die Moral der kleinen Horde, die auch gelebt wurde, da sie für das Überleben dieser kleinen Gruppen vor Entstehen der offenen Gesellschaft existentiell wichtig war.

Zweitens konstatiert Hayek für die große und offene Gesellschaft eine andere Moral, die für das Überleben der großen Gesellschaft wichtig ist. Aber Hayek stellt auch sorgenvoll heraus, dass die Moral der kleinen Horde, falls diese auf die große Gesellschaft angewendet wird, in der großen Gesellschaft zwangsläufig zerstörerisch wirken wird.

Die Moral der kleinen Horde ist vom Menschen verinnerlicht und gilt weiter z. B. im Familienverband. Die menschliche Evolution fand mittels dieser Moral statt und machte die Entwicklungen zum Heute erst möglich. Da jene Moralvorstellungen so verinnerlicht sind, werden auch so leicht Gesellschaftsentwürfe, die sich an die Moral der kleinen Horde anlehnen, akzeptiert und populär<sup>49</sup>.

Auf mich wirken viele der Vorstellungen des „ökologistischen Lagers“ eben wie angelehnt an die Moralvorstellungen der kleinen Horde. Folgt man Hayek, dann hat man m. E. auch eine Erklärung für die Popularität der „ökologistischen Ideologie“.

⇒ Warum rennen Repräsentanten der Kirchen diesem Zeitgeist hinterher und viele Menschen, die sich Christen nennen, ebenfalls?

Oftmals wird angeführt, dass dies bei der EKD nicht überraschend ist. Die EKD marschiere meist in der vordersten Front des Zeitgeistes, dies sei schon bei den „Deutschen Christen“ so gewesen und im wilhelminischen Kaiserreich ebenfalls. Nun als katholischer Christ möchte ich hier keine Meinung äußern, sondern nur auf die Artikel des reformierten Pastors Peter Ruch hinweisen. Dieser schreibt zum Thema „Zeitgeist und EKD“ oft gute Kommentare in der Zeitschrift „eigentümlich frei“.

Aber als katholischer Christ frage ich mich, weshalb auch viele Repräsentanten der katholischen Kirche dem ökologistischen Zeitgeist hinterher hecheln, um dabei auch oft ein Unverständnis – mitunter gepaart mit etwas, was fast an Hass grenzt – bezüglich der Marktwirtschaft zu zeigen. Gerade durch die „Schule von Salamanca“ (die spanische Spätscholastik), die in der langen Denktradition der katholischen Lehre steht, wurden schon vor rund 500 Jahren die wesentlichen Vorteile der Marktwirtschaft analysiert und gewürdigt<sup>50</sup>. Die marktwirtschaftliche Theorie hat also eine starke, bejahende Wurzel in der katholischen Denktradition, trotzdem wird die Marktwirtschaft durch etliche Repräsentanten des katholischen Lebens abgelehnt.

---

<sup>49</sup> Aus dem Werk Friedrich August von Hayek ließen sich hier eine große Anzahl an Literaturverweisen anführen. Darauf wird aber verzichtet, hier genügt ein Verweis zu Hayek, Friedrich August von: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996. Auch in diesem Buch finden sich einige Beiträge zum genannten Thema. Außerdem, hier ist nicht der Platz, um dieses Thema ausführlich darzulegen, die o. g. kurzen Anmerkungen haben zu genügen.

<sup>50</sup> Für Joseph Alois Schumpeter (1883 – 1950) sind die Spätscholastiker „mehr als jede andere Gruppe die ‚Begründer‘ der Wirtschaftswissenschaften.“ Schumpeter, Joseph Alois: Geschichte der ökonomischen Analyse, Bd. 1. Göttingen 1965, S. 143. Auch Friedrich August von Hayek berief sich in seinem Werk mehrfach auf Arbeiten der „Schule von Salamanca“, auch in seiner Nobelpreisrede: Hayek, Friedrich August von: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996, S. 8 und Fußnote 5.



Jedoch die entscheidende Frage ist eigentlich: Ohne Co2 wäre ein Leben, wie wir dies kennen, auf diesem Planeten nicht möglich. Glauben die Repräsentanten der christlichen Kirchen wirklich, dass der Schöpfer einen für das Leben notwendigen Stoff (Co2) gleichzeitig zu einem gefährlichen Werkzeug des Menschen gemacht hat, um dem Menschen die Möglichkeit zu geben die Schöpfung zu zerstören?

⇒ Aus welchen Gründen handeln die Politiker m. E. so fahrlässig?

Eine naheliegende Erklärung ist, dass demokratisch gewählte Politiker wiedergewählt werden wollen, deshalb flirten sie eben auch zwangsläufig mit dem Zeitgeist, machen dessen Verfechter Avancen und gehen mit jenen Kompromisse ein; nur um an der Macht zu bleiben und an die Macht zu gelangen.

Die Erklärung hat etwas für sich; vor allem, wenn man bedenkt, dass viele der demokratisch gewählten Politiker in unseren Parlamenten Berufspolitiker sind. Solche Berufspolitiker sind abhängig vom Futtertrog der Politik – von den Bezügen als Parlamentarier. Sich selbst ernähren zu müssen, ob sich dies viele der Parlamentarier leisten könnten?

Vielleicht wirken deshalb Berufspolitiker so prinzipienlos und gehen Kompromisse ein, setzen Sachen um, die sie eigentlich ablehnen, diesen aber zustimmen, um im Geschäft zu bleiben. Dies gilt insbesondere für konservative und liberale Politiker, jeder Kompromiss mit Kollektivisten unterspült freiheitliche Prinzipien, so dass nach Jahren der Kompromisse auch liberale oder konservative Parteien kollektivistische Politik betreiben.

Außerdem kommt im Umfeld der Klimapolitik noch ein sehr verlockendes Instrument hinzu. Wie oben angemerkt (Emnid-Umfragen); die Deutschen sind mehrheitlich für eine extensive Umweltpolitik. Dies bietet kreativen Finanzpolitikern beste Chancen, um der Bevölkerung weitere Steuern und Abgaben aufzubürden. Ein paar Splitter hierzu wurden schon weiter oben bei den Bemerkungen zum EEG und zu Energie-/ Stromsteuer angeführt. Mittels des „Öko-Labels“ werden staatliche Einnahmen eruiert, die in alten Zeiten undenkbar waren und allenfalls mit erheblichen Widerständen zu realisieren gewesen wären. Aber die hehren Ziele der Umweltpolitik setzen der Phantasie der fiskalischen Raubritter keine Grenzen.

Daneben finden sich natürlich auch Politiker, die ihre Karriere als „grüne Frontmänner“ ganz gezielt für eigene Interessen nutzen. Beispiele sind Joschka Fischer und Rezzo Schlauch, die nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik hochdotierte Beraterposten bei Energiekonzernen haben.

⇒ Aus welchen Gründen vertreten Gewerkschaftsführer die Öko-Ideologie und verraten damit ihre eigentliche Klientel?

Der Kreis um den Gewerkschaftsführer Frank Bsirske ist vielfältig eingebunden in die deutsche Energiewirtschaft, über Aufsichtsratsposten etc., außerdem sind viele auch politisch aktiv. Als Gewerkschafter sollten sie doch eigentlich die Industriearbeiterschaft als Klientel ansehen und vertreten. Also gegen eine Regierungspolitik stehen, die im großen Umfange Arbeitsplätze vernichtet hat, vernichtet und weiterhin vernichten wird.

Nun, im Falle Frank Bsirske könnte man einfach antworten, weil Frank Bsirske eben auch ein Politiker der Grünen ist. Deshalb vertritt Bsirske selbstverständlich die Weltanschauung seiner Partei.

Ich denke, dass es so einfach nicht ist. Vor Etablierung des EEG's wurde von einem Gewerkschaftsfunktionär aus dem Umfeld Bsirskes, einem in die Energiewirtschaft eingebundenen Funktionär, gegen das EEG argumentiert. Kaum, dass das EEG in Kraft war, konnte man absehen, dass große Summen an Subventionsgeldern fließen würden. Plötzlich meinte jener Funktionär, «das Geschäft mit den EEG-Anlagen (z. B. den Offshore-Windparks), machen wir» – gemeint war das Unternehmen, in das er eingebunden war.

Ist die Vermutung falsch, eher davon auszugehen, dass die Gewerkschaftsführer eigene Partikularinteressen wahrnehmen und verfolgen, also nicht die Interessen der Arbeiter vertreten?

⇒ Weshalb gibt es aus den Wissenschaftskreisen so wenig lauten Widerspruch?

Dies ist eine Frage, die mich schon lange beschäftigt. In den 1970er Jahren, damals war ich Schüler, Lehrling, Soldat und Student, hörte und las man von vielen naturwissenschaftlichen Forschern, dass diese befürchteten, dass sich die Erde kurz vor einer neuen Eiszeit befinde. Diese Forscher forschten an denselben Instituten und Universitäten, deren Forscher heute vor der Erderwärmung warnen. Auch das Vokabular klingt und klingt ähnlich – bis auf die umgekehrten Vorzeichen.

Was ist geschehen? Warum hört und liest man in den letzten fünfundzwanzig Jahren meist nur noch über den Klimaalarm der Erderwärmung?

Donna Laframboise bringt für das Verhalten der Wissenschaftler ein ziemlich einleuchtendes Beispiel<sup>51</sup>. Der australische Atmosphärenwissenschaftler Garth Paltridge war in den 1990er Jahren an der Einrichtung eines antarktischen Forschungszentrums beteiligt. In einem Interview für eine australische Zeitung meinte er, dass noch immer eine Menge Zweifel am Katastrophenpotential der globalen Erwärmung bestehe. Von der Leitungsebene des wichtigsten australischen Wissenschaftsgremium, der CSIRO (Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation), einem der großen Geldgeber des antarktischen Projekts, wurde Paltridge auf Linie gebracht. Die CSIRO drohte sich aus dem Projekt zurückzuziehen, falls Paltridge solche Äußerungen in der Öffentlichkeit wiederholen würde – ohne Geld von der CSIRO, kein Projekt.

Paltridge berichtet heute, er ist inzwischen pensioniert, dass das CSIRO damals für solche Projekte noch mehr Gelder bei der australischen Regierung loseiste. Da passte sein Interview nun gar nicht.

Wissenschaftsadministratoren – wie diejenigen beim CSIRO – hätten eben gelernt, dass der Klimaalarm eine wirksame Methode ist, um bei den Politikern Forschungsgelder abzuzweigen. Wissenschaftler wie er sind von der Verteilung der Gelder durch das CSIRO abhängig. Man habe in der Öffentlichkeit keine Zweifel anzumelden, sondern den Mund zu halten, ansonsten lösen sich die eigenen Fördermittel in Luft auf. Deshalb haben Wissenschaftsinstitutionen eine bestimmte Meinung zum Klimawandel übernommen, weil diese Meinung ihren finanziellen Interessen dient.

---

<sup>51</sup> Laframboise, Donna: Von einem Jugendstraftäter, der mit dem besten Klimaexperten der Welt verwechselt wurde. Jena 2012, S. 82f. – teilweise wurde der Text wörtlich übernommen.

Das Buch von Donna Laframboise ist sehr zu empfehlen, es ist eine grandiose Fundgrube zum IPCC, der eben keine Wissenschaft betreibt, sondern Politik, um die Welt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.

## Ein kleines, aber unvollständiges Quellenverzeichnis:

### Im Text genannte Print-Medien:

Benkert, Wolfgang; Bunde, Jürgen; Hansjürgens, Bernd (Hg.): Umweltpolitik mit Öko-Steuern? Ökologische und finanzpolitische Bedingungen für neue Umweltabgaben. Marburg 1990.

Benkert, Wolfgang; Bunde, Jürgen; Hansjürgens, Bernd (Hg.): Wo bleiben die Umweltabgaben? Erfahrungen, Hindernisse und neue Ansätze. Marburg 1995.

Biedenkopf, Kurt et. al.: Wirtschaftsordnung als Aufgabe: Zum 100. Geburtstag von Franz Böhm. Krefeld 1995.

Canetti, Elias: Masse und Macht. Frankfurt/M. 1981.

Dales, John Harkness: Pollution, Property and Prices. Toronto 1970, Neuauflage Cheltenham and Camberley, UK und Northampton, Massachusetts 2002.

Driessen, Paul K.: Öko-Imperialismus: Grüne Politik mit tödlichen Folgen. Jena 2006.

Ederer, Günter: Traum weiter, Deutschland! Politisch korrekt gegen die Wand. Frankfurt/M. 2011.

eigentlich frei, Heft 126: Rezension der überarbeiteten Neuauflage des Buches von Gärtner, Edgar L.: Öko-Nihilismus 2012. Selbstmord in Grün.

Fels, Gerhard: Wirtschaftsstandort Deutschland; in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 43. Jg., 1993, Heft 7, S. 437 – 443.

Gärtner, Edgar L.: Öko-Nihilismus. Eine Kritik der politischen Ökologie. Jena 2007.

Hayek, Friedrich August von: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996.

Hentrich, Steffen; Kraemer, Holger (Hg.): Realitätscheck für den Klimaschutz. Potsdam 2011.

IHK-Hannover-Hildesheim: Schnellere und kalkulierbare Genehmigungsverfahren. Hannover 1988.

Jouvenel, Bertrand de: Die Ethik der Umverteilung. München 2012.

Knödgen, Gabriele: Umweltschutz und industrielle Standortentscheidung. Dissertation Kassel 1981, Frankfurt/M. 1982.

Laframboise, Donna: Von einem Jugendstraftäter, der mit dem besten Klimaexperten der Welt verwechselt wurde. Jena 2012.

Mises, Ludwig von: Kritik des Interventionismus. Darmstadt 1976, (Reprint der 1. Auflage von 1929).

Mises, Ludwig von: Die Wurzeln des Antikapitalismus. Frankfurt/M. 1979.

Mises, Ludwig von: Die Bürokratie. Königswinter 1997.

Schmölders, Günter: Der Wohlfahrtsstaat am Ende: Adam Riese schlägt zurück. München 1983.

Schumpeter, Josep Alois: Geschichte der ökonomischen Analyse, Bd. 1. Göttingen 1965.

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. München 1978.

Wey, Klaus-Georg: Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900. Opladen 1982.

Internet-Blogs:

Eigentümlich frei: <http://ef-magazin.de>

EIKE - Europäisches Institut für Klima und Energie: <http://www.eike-klima-energie.eu/>.

Gärtner, Edgar L.: <http://gaertner-online.de/>; (oftmals Autor auf <http://ef-magazin.de>)

Hentrich, Steffen: Liberales Institut auf [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org); (meist auch auf <http://www.freiewelt.net/> verlinkt)

Krause, Klaus Peter: [www.kpkrause.de](http://www.kpkrause.de); (meist auch auf <http://www.freiewelt.net/> verlinkt)

Liberales Institut, Zürich: <http://www.libinst.ch/>

Weltwoche: <http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/dossiers/klimakontroverse.html>

Außerdem aus dem Internet:

Diverse Dokumentationen, Broschüren, Power-Point-Übersichten und Einträge im Internet, die u. a. von juristischen Beratern, der Energiewirtschaft, Wirtschaftsverbänden oder bei Wikipedia usw. eingestellt wurden, wie z. B. die im Text genannte Dokumentation zum EEG, welche von den Stadtwerken Annaberg in das Netz gestellt worden ist.

Auf eine Einzelaufzählung der Beiträge wird verzichtet, da die Beiträge sich laufend ändern, gelöscht werden und völlig neue Texte eingestellt werden; wohl auch, weil die Texte durch die Dynamiken, die Regierungen und EU-Behörden entwickeln, schnell veraltet und überholt sind.

Nova, Joanne: Das Skeptiker-Handbuch 3.0 DE (joannenova.com.au); auch in deutscher Übersetzung mit Stand 2009 bei EIKE zu finden: [http://www.eike-klima-energie.eu/uploads/media/Das\\_Skeptiker-Handbuch\\_3.0\\_kurz\\_96dpi.pdf](http://www.eike-klima-energie.eu/uploads/media/Das_Skeptiker-Handbuch_3.0_kurz_96dpi.pdf).

Climategate: Spezielle Artikel und Blogs im Internet:

<http://ef-magazin.de/2010/04/11/1992-klimapolitik-bonner-katerfruehstueck-nach-kopenhagen-fiasko>

<http://ef-magazin.de/2010/03/09/1913-ipcc-climategate-und-post-normal-science>

<http://ef-magazin.de/2010/01/23/1808-gletscherpanne-was-interessiert-mich-die-globale-durchschnittstemperatur>

<http://ef-magazin.de/2009/12/04/1721-kopenhagen-gipfel-klima-kreuzzug-stoesst-auf-widerstand>

<http://ef-magazin.de/2009/12/01/1705-climategate-vor-dem-kopenhagener-klima-gipfel>

<http://ef-magazin.de/2009/11/25/1674-climategate-in-norwich-wurden-keine-dateien-geklaut>

<http://ef-magazin.de/2009/11/21/1665-climategate-der-klima-luegen-ballon-platzt>

<http://ef-magazin.de/2009/10/30/1612-erderwaermung-es-gibt-keine-alternative-zur-anpassung-an-den-klimawandel>

<http://ef-magazin.de/2010/09/22/2559-climategate-ernst-georg-beck-ist-nicht-mehr>

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2010-07/artikel-2010-07-die-lehren-aus-climategate.html>

<http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/dossiers/klimakontroverse.html>

<http://www.welt.de/wissenschaft/article2368289/Klimaskeptiker-bringt-Forscher-ins-Schwitzen.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/klimawandel-und-erdpolitik-ein-limit-von-zwei-grad-erwaermung-ist-praktisch-unsinn-1871912.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/weltklimarat-wohin-mit-den-zweifeln-1958048.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/vor-dem-gipfel-klima-gate-1896057.html>

[http://blogs.news.com.au/heraldsun/andrewbolt/index.php/heraldsun/comments/hadley\\_hacked](http://blogs.news.com.au/heraldsun/andrewbolt/index.php/heraldsun/comments/hadley_hacked)

[http://www.nytimes.com/2009/11/21/science/earth/21climate.html?\\_r=2&th&emc=th&](http://www.nytimes.com/2009/11/21/science/earth/21climate.html?_r=2&th&emc=th&)

[http://wikileaks.org/wiki/Climatic\\_Research\\_Unit\\_emails%2C\\_data%2C\\_models%2C\\_1996-2009](http://wikileaks.org/wiki/Climatic_Research_Unit_emails%2C_data%2C_models%2C_1996-2009)

<http://www.dennis-knake.de/2009/11/21/klimagate-der-stoff-aus-dem-die-krimis-sind/>

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/datenklau-cyberkrieg-unter-klimaforschern-a-662673.html>

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/datenklau-bei-klimaforschern-keine-hinweise-auf-die-grosse-verschwoerung-a-662938.html>

*Stromnetz: Spezielle Artikel und Blogs im Internet:*

[http://de.wikipedia.org/wiki/50Hertz\\_Transmission](http://de.wikipedia.org/wiki/50Hertz_Transmission)

[http://wirtschaft.t-online.de/stromnetz-hoch-belastet-netzbetreiber-warnt-vorblackouts/id\\_53234212/index](http://wirtschaft.t-online.de/stromnetz-hoch-belastet-netzbetreiber-warnt-vorblackouts/id_53234212/index)

[http://wirtschaft.t-online.de/oesterreich-rettet-die-deutsche-stromversorgung/id\\_52916798/index](http://wirtschaft.t-online.de/oesterreich-rettet-die-deutsche-stromversorgung/id_52916798/index)

<http://www.statkraft.de/>

<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:energiewende-gegenwind-fuergaskraftwerke/60135869.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,795861,00.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,765006,00.html>

<http://www.welt.de/dieweltbewegen/article13747466/Deutschland-an-der-Schwelle-zum-Blackout.html>

Texte der Europäischen Union:

Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1996L0061:20080218:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1996L0061:20080218:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1996L0061:20080218:DE:PDF).

Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:275:0032:0046:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:275:0032:0046:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:275:0032:0046:DE:PDF).

Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2004L0008:20090420:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2004L0008:20090420:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2004L0008:20090420:DE:PDF).

2011/877/EU: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 19. Dezember 2011 zur Festlegung harmonisierter Wirkungsgrad-Referenzwerte für die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme in Anwendung der Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/74/EG der Kommission (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9523):

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:343:0091:0096:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:343:0091:0096:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:343:0091:0096:DE:PDF).

Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates (Text von Bedeutung für den EWR):

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2006L0032:20081211:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2006L0032:20081211:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2006L0032:20081211:DE:PDF).

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die erste Bewertung der durch die Richtlinie 2006/32/EG über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen vorgeschriebenen nationalen Energieeffizienz-Aktionspläne — Gemeinsame Fortschritte bei der Energieeffizienz“:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:077:0054:0059:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:077:0054:0059:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:077:0054:0059:DE:PDF).

Richtlinie 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:024:0008:0029:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:024:0008:0029:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:024:0008:0029:DE:PDF).

Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung):

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:334:0017:0119:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:334:0017:0119:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:334:0017:0119:DE:PDF).

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG [KOM(2011) 370 endgültig:] – 2011/0172 (COD): <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0370:FIN:DE:PDF>.

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG“ KOM(2011) 370 endg. — 2011/0172 (COD):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:024:0134:0138:DE:PDF>.

Mitteilung der Kommission — Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2012 (SWD(2012) 130 final) (SWD(2012) 131 final):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:158:0004:0022:DE:PDF>.

Mitteilung der Kommission zur Änderung der Mitteilung der Kommission Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2012: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:387:0005:0013:DE:PDF>.

#### *Bundesrepublik Deutschland – Texte von Ministerien und Verwaltungen und Gesetze*

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) – E-Mail: [service@bmu.bund.de](mailto:service@bmu.bund.de) oder direkt per Internet: [www.bmu.de](http://www.bmu.de); Verschiedene Broschüren (pdf-Dokumente) zum Klimaschutz und zu Energiekonzepten.

Bundesnetzagentur – Bericht zu den Auswirkungen des Kernkraftausstiegs auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit zugleich Bericht über die Notwendigkeit eines Reservekernkraftwerks im Sinne der Neuregelungen des Atomgesetzes 31. August 2011:

[http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2011/BerichtNotwResKKW31August2011pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2011/BerichtNotwResKKW31August2011pdf.pdf?__blob=publicationFile).

Bundesnetzagentur – Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2011/12:

[http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht\\_ZustandWinter11\\_12pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/NetzBericht_ZustandWinter11_12pdf.pdf?__blob=publicationFile).

#### *Eine kleine Auswahl von Gesetzen und Verordnungen*

Energiesteuergesetz (EnergieStG):

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/energiestg/gesamt.pdf>.

Verordnung zur Durchführung des Energiesteuergesetzes (EnergieStV):

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/energiestv/gesamt.pdf>.

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG):

[http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg\\_2009/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg_2009/gesamt.pdf).

Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG):  
[http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eew\\_rmeg/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eew_rmeg/gesamt.pdf).

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG):  
[http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/enwg\\_2005/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/enwg_2005/gesamt.pdf).

Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G):  
<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/edl-g/gesamt.pdf>.

Stromsteuergesetz (StromStG):  
<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stromstg/gesamt.pdf>.

Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (StromNZV):  
<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stromnztv/gesamt.pdf>.

*Im Text nicht explizit genannte Print-Medien, die dennoch implizit den Text beeinflussen*

Argus: Die Klimakatastrophe – was ist wirklich dran? Jena 2007.

Bachmann, Hartmut: Die Lüge der Klimakatastrophe. Der Auftrag des Weltklimarates. Berlin 2007.

Ganteför, Gerd: Klima – Der Weltuntergang findet nicht statt. Weinheim 2012.

Keil, Günter: Die Energiewende ist schon gescheitert. Jena 2012.

Krüger, Gustav: Energie – was jeder darüber wissen muß. Jena 2010.

Limburg, Michael: Klimahysterie – was ist dran? Jena 2009.

Lüdecke, Horst-Joachim: Co2 und Klimaschutz. Fakten, Irrtümer, Politik. 3. Auflage, Bonn 2010.

Lüdecke, Horst-Joachim: Energie und Klima. Chancen, Risiken, Mythen. Renningen 2013 (im Erscheinen, Auszüge finden sich im Internet).

Maxeiner, Dirk: Hurra, wir retten die Welt! Aktualisierte Ausgabe. Wie Politik und Medien mit der Klimaforschung umspringen. Berlin 2010.

Olson, Harry G.: Handbuch der Klimalügen. Jena 2010.

Singer, S. Fred (Hg.): Die Natur, nicht menschliche Aktivität, bestimmt das Klima: Technische Zusammenfassung für politische Entscheider zum Bericht der Internationalen Nichtregierungskommission zum Klimawandel. Jena 2008.

Singer, S. Fred: Falsche Klimaprognosen. Langzeitbeobachtungen des Klimas und Klimamodelle des IPCC im Vergleich. Jena 2011.

Thüne, Wolfgang: Propheten im Kampf um den Klimathron. Wie mit Ängsten um Geld und Macht gekämpft wird. Oppenheim 2011.